

Bezugspreis:
Vierteljahr 30.— M., monatlich 10.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.— M. einschl. An-
schlussesgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland, Ostpreußen, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich,
Ungarn und Luxemburg 20.— M. für
das übrige Ausland 27.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-51

Donnerstag, den 26. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-51

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Komparativzeile
kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1,50 M. (zu-
läßig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Einleitungs-
und Schlusszeilenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Mannen 2.— M. Die
Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Dauergeschäft Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Briand im Kreuzfeuer.

Paris, 25. Mai. (Kammer.) Der heutige vierte Tag der Be-
ratungen der Interpellationen über die auswärtige Politik in der
Kammer begann mit einer Rede des Abg. Roblemaire, der an
erster Stelle die Lage in Oberschlesien besprach. Es sei gut, wenn
alle Welt wisse, daß Deutschland stets begriffe, wenn man laut und
nehmbar mit ihm spreche. Das müßten auch die Engländer
verstehen. Aber vielleicht handle es sich hier

nur um eine vorübergehende Lösung.

Man müsse die verschiedenen Zwischenfälle in Betracht ziehen, die
die Politik Deutschlands seit zwei Jahren charakterisieren und immer
bedenken, daß die oberflächliche Angelegenheit nur ein neuer
Zwischenfall sei. Der Redner, der beim Völkerbund in Genf tätig
war, erklärte, in Kreisen des Völkerbundes sei gesagt worden,
Frankreich sei durch seinen Heroismus der Leuchtturm gewesen, der
es gestattet habe, den Sieg zu erzwingen. Man werte Frankreich
nicht nur, daß er die anderen etwas aufgegeben habe, und daß
es sich mehr selbst überlasse. Man werte ihm auch vor, daß
es sich zu sehr vor England gebeugt habe, was den Friedens-
vertrag anbetreffe. Tatsächlich habe ja auch

der Vertrag England alle Befriedigung gewährt.

während Frankreich für seine Tapferkeit und seine Opfer, die viel
schwerer gewesen seien, heute noch auf das warie, was man ihm
schulde. Frankreich müsse bekanngeben, daß es mit England
Freundschaft halten wolle auf dem Fuße der Gleichheit. Aber
man solle nicht mehr sagen dürfen, die französischen Staatsmänner
seien im Schlepptau Englands. Der Duoi d'Orjan müsse zur
traditionellen europäischen Politik Frankreichs zurückkehren. Es
habe treue Freundschaften, namentlich unter den Völkern, für deren
Wieder aufrichtung es geforgt habe. (Polen usw. Red.) Aber der
Wohlfahrt zwinge diese Deute, mit Deutschland Handel zu
treiben. Der Redner ging dann zur Wiederaufbaufrage über. Sie
sei nur zu lösen unter der Mitarbeit aller. Er sprach auch von
der Politik Frankreichs in Rußland, und es kam zu einem Zwei-
gespräch mit dem Kommunisten Marcel Cachin, dem Roblemaire
vorkwirft, er habe seinerzeit in Straßburg mit Tränen der Rüh-
rung erklärt, daß sei der schönste Tag seines Lebens.

Cachin erwiderte, nach zwei Jahren französischer Politik habe
das Proletariat von

Elßaß-Lothringen nicht die gleiche Zuneigung

für Frankreich bewahrt. Eine ganze Anzahl elßaß-lothringischer Ab-
geordneter, darunter Wetterlé, protestierten gegen diese Worte und
sprachen zum Teil von einer bolschewistischen Propaganda, die von
Deutschland bezahlt werde, so vor allem der Abg. Fres.

Abg. Roblemaire sprach dann von den Schwierigkeiten
einer Befreiung des Ruhrgebietes. Er sagte, man wisse nicht, ob
man nicht genötigt sei, bis zur Elbe oder zur Oder vorzurücken.
Wenn man aber Gewalt anwenden müsse, um dem Recht zum Siege
zu verhelfen, dann würde man dieses Mittel nur gebrauchen im
Falle der äußersten Not. Roblemaire empfahl schließlich eine Zu-
sammenarbeit mit Deutschland und meinte, die Zukunft gehöre
Amerika. Es habe zwar den Friedensvertrag noch nicht unter-
zeichnet, aber es habe ein Wort mitzureden.

Abg. Peyrou erklärte, er werde auf das Wort verzichten,
wenn ihm der Ministerpräsident zwei Fragen beantwortete,
1. Ob er dasselbe Vertrauen zu den deutschen Ministern
Rosen und Rathenau habe wie zum Reichskanzler Dr. Wirth.
2. Ob es richtig sei, was in der „Voss. Zig.“ veröffentlicht wurde,
daß Dr. Stresemann erklärt habe, man habe günstige Versiche-
rungen hinsichtlich Oberschlesiens erhalten.

Ministerpräsident Briand

sagte, er glaube, daß in einer Debatte von so großer Bedeutung es
besser wäre, nicht Zeitungsartikel zur Grundlage für die Argumente
zu nehmen. Was die Versicherungen Stresemanns betreffe, so erkläre
er, daß man nach der Londoner Konferenz Deutschland die Beschlüsse
der Konferenz übermittelt habe mit der Erklärung, es müsse ja oder
nein sagen. Er habe gestern loyal geantwortet, daß Dr. Wirth öffent-
lich erklärt habe, es sei notwendig für das besiegte Deutschland, seine
Verpflichtungen anzuerkennen und zu erfüllen. Er müsse ferner
sagen, daß

alle Antworten auf die gestellten Forderungen befriedigend

gewesen seien. Es möge Bedenken geben, die Hintergedanken
hätten, aber er wolle keinen Tendenzprophet führen, sondern er wolle
nur Realitäten sehen. Es sei Zeit, daß man aus den Formeln heraus-
komme und zu Tatsachen zurückkehre. Die französische Regierung
habe ein sehr klares Programm, und ihre Entscheidungen seien ge-
troffen; sie seien Deutschland übermittelt worden, die Sanktionen
könnten angewandt werden. Der Reichstag habe das Ministerium
gebittigt und sich bereit erklärt, die Verpflichtungen Deutschlands aus-
zuführen. Wohl gebe es Hintergedanken in Deutschland, aber es
seien keine Staatsmänner und alldoische Industrielle an der Macht,
die sich den Verpflichtungen entziehen wollten. Man habe die er-
forderlichen Vorkehrungsmaßnahmen getroffen, und wenn Deutschland sich
morgen seinen Verpflichtungen entziehen wolle, dann werde Frank-
reich das Nötige ausführen. (Beifall.) Er hoffe, daß nun endlich
das Land

Zählung mit den Realitäten

nehme. Das Land sei voll Vertrauen und Glauben. Man verlange
nicht von ihm, daß es einem Optimismus auf Befehl dienstbar sei,
aber man habe doch nötig, dem Lande gute Realitäten zu bringen.
Man dürfe es nicht in Wolken hüllen. Er habe nicht das Recht, im
Vorans zu sagen, die deutsche Regierung sei aus Männern zu-
sammengesetzt, die versuchen würden, sich ihren Verpflichtungen zu

entziehen. Er, Briand, habe aber auch nicht das Recht, ihre Auf-
gabe zu komplizieren, denn auch (!) sie würden

Schwierigkeiten mit der Reaktion

haben. Das deutsche Volk beginne die Augen zu öffnen, die Mehr-
heit des Reichstags habe dem Kanzler Vertrauen entgegengebracht.
Sie habe gesagt, Deutschland wolle entwaffnen und zahlen. Man
dürfe sie nicht entmutigen. Würde man das tun, so wäre das nicht
nur ein Fehler, sondern auch eine schlechte Handlung. Vielleicht
würde man auch in der Welt sagen, daß dieses Frankreich nicht das
richtige sei. Man befände sich jetzt einem Schuldner gegenüber, der
erkläre, daß er die Bedingungen Frankreichs annähme. Man besitze
die nötige Kraft, um zu handeln; man halte sie in Reserve. Briand
fragt, ob es nicht zur Ehre Frankreichs sei, wenn es selbst seine
Mäßigung (?) anerkennt? Es sei eine gute Politik, man müsse an
ihre Festhalten. (Einnütziger Beifall.)

Abg. Peyrou erklärte sich befriedigt. Abg. Lacotte von
der äußersten Rechten wendet sich

gegen die englische Politik,

was eine Kritik des Kammerpräsidenten hervorruft. Auch Minister-
präsident Briand sagt, die Alliierten Frankreichs seien intelligent
und klar denkend genug, um gewisse Versicherungen gewisser Depu-
tierter auf das rechte Maß zurückzuführen. Abg. Lacotte fährt jedoch
fort, England stark anzugreifen. Er wird deshalb vom Kammer-
präsidenten zur Ordnung gerufen, greift jedoch Lord George und
den Präsidenten Wilson weiter an, so daß der Präsident droht, ihm
das Wort zu entziehen. Lacotte antwortet, er werde seine Pflicht
bis zum äußersten tun; schließlich erklärt er, der Regierung das
Vertrauen zu verweigern.

Abg. Joseph Barthelemy erklärt, er finde es nicht recht,
daß man sich der Reparationskommission bediene, um eine Scheid-
wand zwischen der Regierung und der parlamentarischen Verant-
wortlichkeit aufzurichten.

Ministerpräsident Briand erklärt, das sei nicht seine Ge-
wohnheit, aber er habe ja der Kammer erklärt, daß, wenn man
zum Vertrag zurückkehre, das nicht nur Vorteile bringe, enthalte
doch der Vertrag einen Vorgraben, der der Reparationskommis-
sion das Recht gebe, einen Teil der deutschen Schuld zu stunden
und Abänderungen an den Zahlungsbedingungen vorzunehmen.

Abg. Barthelemy sagt, Ministerpräsident Briand habe
die Kammer vor eine vollendete Tatsache gestellt. Briand wider-
spricht. Er sagt, heute sei ja die Kammer souverän; sie könne
ihre Verantwortlichkeit übernehmen. Abg. Barthelemy
erkennt die Richtigkeit dieses Standpunktes an, wünscht aber Auf-
klärung, ob das Londoner Abkommen in der Zukunft Sanktionen
vorsehe, wenn Deutschland noch einmal seine Verpflichtungen nicht
erfülle.

Ministerpräsident Briand

gibt folgende Erklärung ab: In London haben wir eine Er-
klärung abgegeben, die Deutschland mitgeteilt werden mußte, und
die alle Verpflichtungen des Schuldners feststellt. Es war genau
bestimmt worden, daß Deutschland mit einem Ja oder Nein ant-
worten müsse, und wenn eine der Bedingungen zurückgewiesen
würde, würden die Alliierten alle ihre militärischen und mari-
tinen Mittel bereitstellen, um Genugtuung zu erlangen. Jetzt
frage man, was geschehen werde, wenn Deutschland noch einmal
seine Verpflichtungen nicht erfülle und ob eine neue Zusammen-
kunft des Obersten Rates nötig sei, bevor man die Sanktionen
ausführe. Wenn es sich um eine Verletzung handle, von der in
der Erklärung von London nicht die Rede sei, dann ja. Denn
das sei eine Notwendigkeit des Vertrages. Wenn der Vorkonferen-
rat nicht zu einem Beschluß kommen könne, dann müsse der Oberste
Rat die Entscheidung treffen. Aber wenn es sich um Tatsachen
handle, die in der Erklärung verzeichnet seien, hinsichtlich deren
Deutschland Beweise der Nichterfüllung zeige, dann müsse Frank-
reich wie die anderen Alliierten diese Verletzung feststellen und
dann bestimme für jeden von ihnen das Recht, zur Ausführung
der Sanktionen zu schreiten. (Zuruf: Das ist ein Recht, aber
keine Pflicht.) Erwidern Sie mir meine Aufgabe nicht! Wenn
also die deutsche Verletzung an der Erklärung von London fest-
gestellt sei, dann würde die französische Regierung an die eng-
lische und belgische Regierung telegraphieren und ihren Willen
zum Handeln aussprechen und sie ersuchen, das gleiche zu tun.
Durch dieses Telegramm würden die Verbündeten in den Stand
gesetzt, mit Frankreich zu handeln. (Zuruf rechts: Und wenn
sie nicht marschieren?) Ich will nicht einmal annehmen, daß
auch ein einziger von ihnen sich der vorgesehenen Sanktionen ent-
ziehen will. Wenn wir gestern infolge einer Verletzung Deutsch-
lands eine Sanktion ins Auge faßen hätten lassen müssen und die Städte
Ruhrort, Düsseldorf und Duisburg besetzen, hätten die englische
und belgische Regierung loyal den Befehl erteilt, daß ihre Truppen
sich den französischen anschließen. Er habe nicht das Recht, daran
zu zweifeln, daß das morgen nicht ebenso sein werde. (Beifall.)
Sie haben nicht das Recht, einen Beweis systematischen Argwohn
zu geben, und ich habe nicht das Recht, in Zweifel zu ziehen, daß
unsere Alliierten, selbst wenn eine besondere Situation ihnen die
vorgeschlagene Operation schwierig macht, an unserer Seite
sein werden. Aber selbst wenn sie sich in einer Lage befinden
würden, die ihnen nicht gestattet, das zu tun, dann könne

Frankreich aus eigenen Mitteln handeln,

also allein vorgehen, ohne dadurch gegen seine Verbündeten zu han-
deln. Das sei der große Unterschied zwischen der Politik der Re-
gierung und einer anderen Politik, die verkündet worden sei.
Dieser Unterschied sei gewaltig, denn wenigstens unter dieser Vor-
aussetzung halte man die Kohäsion (den Zusammenhang) der
Alliierten aufrecht. Das sei das Wesentliche.

Wiedergutmachung und Landes- finanzen.

Von Hermann Lüdemann.

Die neue Reichsregierung hat sich das Ziel gesetzt, die
Konsequenzen, die sich für Deutschland aus der Unterzeich-
nung des Entente-Ultimatums ergeben, zu verwirklichen.
Diese Konsequenzen sind: Entwaffnung und Wieder-
gutmachung. Wenn daher die Umbildung der preußi-
schen Regierung, die zur Erleichterung der Reichspolitik vor-
gesehen ist, einen Sinn haben soll, müssen ihr logischerweise
dieselben Gesichtspunkte zugrunde gelegt werden, nach denen
das Kabinett Wirth zusammengesetzt worden ist. Für den
Kenner der Verhältnisse ergibt sich hieraus, daß es sich in
Preußen um mehr handelt als bloß um die Auswechslung
einiger Personen, und daß am allerwenigsten durch die bloße
Beseitigung der sogenannten „Beamtenminister“ das gefeierte
Ziel erreicht werden kann.

Natürlich spielen die Personalfragen auch eine Rolle, zum
Teil sogar eine sehr erhebliche. Es ist z. B. klar, daß die
Führung des neuen Kabinetts nicht einem Manne überlassen
werden kann, dessen politisches Streben dem des Dr. Wirth
im ganzen wie im einzelnen diametral entgegengekehrt ist. Es
ist dankenswert, daß das, was Stegerwald in seiner
vielleicht zu wenig beachteten Essener Rede der christlich-
nationalen Arbeiterschaft als politische Zielpunkte aufgestellt
hat, unlängst von seinem Freunde Th. Brauer auf eine knappe,
klare Formel gebracht worden ist. Danach erstrebt Stegerwald
die Sammlung der „positiv gesinteten, zu positiver Arbeit
bereiten Elemente aus beiden Konfessionen“ (d. h. also ein-
schließlich deutschnationaler Gruppen), um „eine kontinuier-
liche Außenpolitik von großer einheitlicher Linie zu sichern und
die innere Politik von dem fürchtbaren Ab-
druck der Sozialdemokratie zu entlasten“. Der erste Teil ist
bereits erreicht, ehe seine Ausführung
noch recht begonnen werden konnte. Nach der Nieder-
lage eine deutschnational orientierte Außenpolitik! Die Vor-
gänge, die den Rücktritt der Regierung Fehrenbach-Simons
begleiteten, haben schnell gezeigt, daß das außenpolitische
Streben Stegerwalds — mindestens in der Gegenwart — ein-
fach eine Utopie ist. Nur durch die bessere Einsicht und
das Verantwortungsgewußt der Sozialdemokratie ist unser
Vaterland vor ungeheuerlichen Bedrückungen und Schäden
bewahrt worden. Derselben Sozialdemokratie, von deren
Mitarbeit Herr Stegerwald und seine Freunde die deutsche
Politik je eher, je lieber „entlastet“ sehen möchten!

Fast möchte man es bedauern, daß das unzeitgemäße Ein-
treten des Entente-Ultimatums es verhindert hat, daß auch
seine Innenpolitik dem preußischen Volke vorgeführt werden
konnte. Aber für uns besteht auch so kein Zweifel, daß das
Ende ein Zusammenbruch gewesen wäre.

Nun soll die Sozialdemokratie, nachdem die Rechts-
parteien erneut ihre Unfähigkeit erwiesen haben, im Reich wie
in Preußen regieren helfen, damit die unerbittlichen Forde-
rungen der Gegner erfüllt werden, ohne daß neue „Sanktio-
nen“ das Leben unseres Volkes in Frage stellen. In der Ent-
waffnungsfrage liegen die Dinge ziemlich einfach. Hier ist
es in erster Linie Bayern, dessen Widerstand gebrochen wer-
den muß. In Preußen ist nur erforderlich, daß die frühere
Praxis wiederhergestellt wird, und da es hierzu fast nur ent-
sprechender Verwaltungsmaßnahmen und einer richtigen In-
struktion der Schutzpolizei bedarf, ist durch richtige Befehle
des Innenministeriums verhältnismäßig leicht eine Lösung
zu finden.

Schwieriger sind die finanziellen Fragen. Der
sechsjährige Krieg und die leichtsinnige Steuerpolitik der da-
maligen Machthaber haben bewirkt, daß heute Reich, Länder
und Gemeinden in gleicher Weise Not leiden und auch leiden
würden, wenn wir an die Ententestaaten nicht so ungeheure
Summen zu leisten hätten. Die Weimarer Verfassung hat
eine erhebliche Stärkung der Reichsgewalt auf Kosten der
Länder und Gemeinden bewirkt. Erzberger hat hieraus die
steuerpolitischen Folgerungen gezogen. Seine Finanzreform
mit der Reichseinkommensteuer als Kernstück hat den Ländern
und Gemeinden ihr wichtigstes Steuerrecht genommen, sie an
der Quelle, die bisher das Rückgrat ihrer Finanzwirtschaft
bildete, zu Kostgängern des Reiches gemacht. Um ihren
weiteren Geldbedarf zu decken, sind den Ländern nur die so-
genannten Ertragssteuern, d. h. die Steuern auf Grund-
besitz und Gewerbebetrieb, zur Ausbeutung über-
lassen worden, und deren zeitgemäßer Ausbau ist daher die
aktuelle Aufgabe der Landesfinanzpolitik.

Gerade diese Steuern aber, vor allem die hauptsächlich
in Betracht kommende Grundbesitzsteuer, sind den Ver-
tretern der Besitzenden in allen bürgerlichen Parteien sehr
verhaßt, und ihr ganzes Streben ist darauf gerichtet, ihr Zu-
standkommen zu verhindern, mindestens aber soweit als mög-
lich hinauszuschieben. Sie haben deshalb auch in der Landes-
parlamentarung den von der damaligen Regierung vorgelegten
Entwurf eines Grundsteuergesetzes zu Fall gebracht, selbstver-
ständlich ohne andere Mittel zur Beseitigung des erheblichen

*) Hochland, 7. Heft, 1920/21.

Fehlbetrag vorzuschlagen. Der neue preussische Staatshaushaltsplan wird wieder ein Defizit von rund zwei Milliarden Mark aufweisen. Ueber seine Deckung verriet die Stegerwaldsche Programmrede kein Wort. Dennoch weiß man, was geplant ist. Noch während der Aussprache über das Regierungsprogramm (man sieht, die Herren haben es eilig!) wurde nämlich von der führenden Regierungspartei ein Antrag der Herren Herold und Genossen eingebracht, der die Regierung aufforderte, die Ertragssteuern, also die einzigsten in den Ländern noch zur Verfügung stehenden Steuerquellen, nicht für den Staat in Anspruch zu nehmen, sondern, wie bisher, ganz den Gemeinden zu überlassen. Ein echter „Dolchstoß von hinten“ für den bedauernswerten Beamtenminister, dem man ohne vorhergehende Aufklärung über diese für ihn sehr wichtigen Strömungen in den bürgerlichen Parteien und namentlich in der Zentrumspartei das Finanzministerium übertragen hat. Es ist ziemlich klar, was nun kommen wird. Auf der Suche nach anderen Einnahmemöglichkeiten wird Herr Sämisch sein ganzes Augenmerk auf diejenigen Steuerobjekte richten, die das Reich sich vorbehalten hat. Die besorgten Grundbesitzer werden wieder ruhiger schlafen und Herr Sämisch wird zusammen mit dem schon längst nach dieser Richtung arbeitenden bayerischen Finanzminister alles aufbieten, um durch stärkere Beteiligung der Länder an Reichssteuern, vor allem an der Einkommensteuer, eine den Agrariern aller Richtungen sympathische Sanierung der Landesfinanzen zu erzielen.

Gerade dieser Druck auf die Reichsregierung aber ist es, der unbedingt verhindert werden muß, wenn die Umbildung der preussischen Staatsregierung nicht jeden Sinn verlieren soll. Das Reich mag sich noch so sehr anstrengen, zur Aufbringung der Milliardenzahlungen die Wirtschaft unmittelbar zu belasten, durch Organisierung und Sozialisierung der Betriebe die Gewinne an der Quelle zu erfassen. Selbst die stärksten Eingriffe in privates Eigentum und persönliche Rechte, vor denen selbstverständlich nicht zurückgeschreckt werden darf, werden sie nicht von der Notwendigkeit befreien, ihre bisherigen Steuerquellen restlos auszuschöpfen und weiter auszubauen. Ganz klar also, daß sie in dieser Zeit nicht mit Ansprüchen der Länder auf Abtretung unentbehrlicher Steueranteile belästigt werden darf, es sei denn, daß das Reich den Ländern neue kostspielige Aufgaben übertrage.

Die Umstellung der preussischen Regierung in dieser Sache ist keine Personenfrage, sondern eine Frage der politischen Willensbildung, die sich im Parlament vollziehen muß. Nur wenn die neue Regierung im Landtag eine sichere Mehrheit für eine grundlegende Grundsteuerreform findet, wird sie auch in der Wiederergutungsfrage eine Entlastung der Reichsregierung darstellen können. Die Entscheidung liegt, wenn man von dem kleinen Häuflein demokratischer Trabanten der Deutschen Volkspartei absteht, beim Zentrum, dessen Landtagsfraktion auffallenderweise den stärksten Gegner jeder zeitgemäßen Bodenbesteuerung, Herrn Herold, zu ihrem Wortführer in Angelegenheiten der Regierungsbildung bestimmt hat. Wird Herr Herold es auf sich nehmen wollen, in Preußen auch weiterhin Widerstände gegen den wichtigsten Teil der Reichspolitik seines Parteifreundes Wirth aufzurichten?

Der neue Reichspressechef.

Wie die B.P.R. hören, ist zum Nachfolger des bei Neubildung der Reichsregierung zurückgetretenen Geheimrats Heilbohn als Presseschef der Reichsregierung und des auswärtigen Amtes Herr Dr. A. Höfle in Aussicht genommen. Dr. Höfle war früher Leiter des Bundes Deutscher Techniker, schied aber aus dieser Organisation aus, als die Verschmelzung mit dem Bund der technisch-industriellen Beamten erfolgte. Er hat sich seitdem journalistisch und in der christlich-nationalen Angestellten- und Beamtenbewegung betätigt. Dr. Höfle gilt als besonderer Vertrauensmann des gegenwärtigen Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald.

Schinkels Schauspielhaus.

1821 — 26. Mai — 1921.

Am 26. Mai 1821 war die feierliche Eröffnung von Schinkels neuem Schauspielhaus: in einem von dem Meister entworfenen antiken Prachtfaal mit Aussicht auf das weite Meer erschien im Prolog die Muse des Dramas und sprach ein etwas geheimräthliches Monodrama Goethes, das er als Vorspiel für die nachfolgende „Aggigente“ gedichtet hatte. Es begann so:

So schmüdet sichtlich nun geweihten Saal
Und füllt euch groß im herrlichsten Lokall
Denn eurentwegen hat der Architekt
Mit hohem Geist so edlen Raum bezweckt,
Das Ebenmaß bedächtig abgeköllt,
Daß ihr euch selbst geregelt fühlen sollt.
Dann auch der Bildner schmüdet das edle Haus
Vom Sockel bis zum Giebel reichlich aus.
Hier muß euch Ernst im Heiligthum sein;
Denn Götterformen winkten sich herein:
Wo rings umher der Maler sich bemüht
Und exten Bild von Bild zu Bild zieht. . . .

Wie unser klassisches Drama hätte Schinkels klassischer Bau, der erste seiner großen Monumentalbauten, eine anspruchsvolle Form gefunden. Dabei war seine Aufgabe so schwierig wie möglich. Als am 29. Juli 1817 das alte Nationaltheater von Langhans, dem Erbauer des Brandenburger Torres, abbrannte, schlug nach zwei Tagen der Interimstheater Brühl dem König Schinkel als den vorzüglichsten Architekten in Sr. Majestät Staaten zum Baumeister des neuen Hauses vor. Brühl und Schinkel wurden dann mit der Ausführung des Baues betraut, die ein sehr glückliches Zusammenarbeiten von Bauherr und Baumeister ergab. Die Finanzlage des armen Preußen machte es notwendig, die Umfassungsmauern des alten Hauses fast ganz beizubehalten, obwohl auch daran allerlei geändert wurde. Uebernommen aber hat Schinkel die großen Säulen seiner Vorhalle. Nur das große gewölbte Dach, das dem alten Nationaltheater die vielbespöttelte Kofferform gegeben hatte, mußte fallen, der klassische Baumeister forderte das flache Dach der Antike. Und am 15. Januar 1818 präzierte er gegenüber Brühl eine Reihe von Forderungen, denen der König von vornherein zustimmen sollte, damit man gegen späteren Widerspruch gesichert wäre. Die erste dieser Bestimmungen wollte festlegen, „ob das Theater als Gebäude wirklich eine Zierde der Stadt werden sollte, ohne luxuriös zu bauen. Hierbei ist zu bemerken, daß die Schönheit eines Gebäudes nicht in dem vorgebrachten Schmuck zunächst besteht, sondern vorzüglich aus der Wahl der Verhältnisse erwächst, welche aber ihren ersten Grund in der Verteilung und Anordnung des Plans haben, aus dem die Verhältnisse der Profile und Fassaden erst bestimmt werden können. Der Plan muß daher schon ein regelmäßiges, ästhetisches

Schlussreden im Kriegsverbrecherprozess.

Im Prozess gegen Henner führte Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer aus: Politische Betrachtungen seien streng ausgeschlossen, es sei nur zu prüfen, ob das geltende deutsche Strafrecht verletzt worden sei. Bei allem, was zugunsten des Angeklagten spreche, müsse zugesehen werden, daß seine Handlungswelt nicht zu billigen war. Er hätte nur alle zulässigen Mittel innerhalb der gesetzlichen Grenzen anzuwenden. Die

Anwendung des Gewehrstoßens, des Befens, der Fäule erweise sich als strafbar. Die Fesselung eines Gefangenen und die Anwendung von Schimpfwörtern habe das nationale Empfinden dieses Gefangenen verletzt. Im ganzen seien 28 Fälle von Mißhandlungen, ferner drei Fälle von Beleidigung und in einem Falle das Werfen mit Steinen als strafbar anzusehen. Zugunsten des Angeklagten spräche, daß er als tüchtig, zuverlässig und brauchbar bezeichnet werde, ein fürsorglicher Familienvater sei und dienstfertig und strenger gegen sich selbst als gegen andere gewesen sei. Der Oberreichsanwalt beantragte dementsprechend die bereits gemeldete Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis.

Der Verteidiger A. A. Cäppers-Dörfel forderte die beschämende Botschaft, welche für Deutschland die bisher geltenden internationalen Gebräuche der Gegenseitigkeit ausschalten. Daß die Verabredung der Engländer am Morgen des 14. Oktober 1915 eine Meuterei war, unterliege für ihn keinem Zweifel. Die Engländer hätten sich der schwersten Form der Behorlamsverweigerung schuldig gemacht. Dementsprechend habe der Anzeigende die erforderlichen Maßnahmen treffen müssen. Ob die Engländer berechtigt waren, die Arbeit im Bergwerk zu verweigern, darauf habe es für den Angeklagten gar nicht ankommen können, da höchsten Orts die Arbeit in den Gruben als zulässig bezeichnet worden war. Wenn der Angeklagte die Grubenarbeit für erlaubt gehalten habe, so sei dies ein tatsächlicher Irrtum, der ihm nach § 59 StGB. zugute kommen müsse. Ein Fall äußerster Not oder dringender Gefahr liege offenbar vor. Der Anzeigende habe unmöglich mit den gewöhnlichen Mitteln wie Haft, Wahrung an den Borarbeiten usw. den Widerstand brechen können, er habe geglaubt, sich

in Notwehr

zu befinden. Die Anwendung des Kolbens zur Erzwingung der Arbeit habe er vorher in Münster unter Billigung der Vorgesetzten gesehen. Bei den massenhaften Krankmeldungen habe offenbar eine Verabredung der Gefangenen vorgelegen. Wenn der Angeklagte einige Gefangene, die wirklich krank waren, mihandelt habe, so solle dies nicht beschönigt werden, aber dem Angeklagten müsse hierbei seine Erregung zugute gehalten werden. Zu Gefängnisstrafe liege kein Anlaß vor, wo Festungshaft nach § 122 StGB. zulässig sei.

Der zweite Verteidiger A. A. von Försterling-Lichterfelde betont zunächst, daß

in Frankreich die Bergarbeit für die Gefangenen zulässig gewesen ist. Die Aussagen der englischen Zeugen hält er zwar für subjektiv, nicht aber für objektiv richtig.

Der dritte Verteidiger A. A. Dr. Dittenberger-Deppa hebt hervor, daß die schwerwiegenden Beschuldigungen gegen den Angeklagten größtenteils widerlegt seien.

In seiner Erwiderung wendet sich der Oberreichsanwalt gegen einzelne Ausführungen der Verteidiger, soweit sie die rechtliche Würdigung des Tatbestandes betreffen. Er hält es sodann noch für erforderlich, festzustellen, daß

von England bestritten

worden ist, daß dort deutsche Gefangene zur Bergarbeit angehalten worden seien.

Der Präsident bezeichnet die Äußerungen der Verteidiger über die Behandlung deutscher Kriegsgefangener im feindlichen Ausland im vorliegenden Falle für inopportun, weil eine Beweisaufnahme in dieser Richtung nicht erfolgt sei.

Der Angeklagte bringt nur kurz zum Ausdruck, daß er auf die Gerechtigkeit des Reichsgerichts vertraue. Damit ist die Verhandlung beendet. Das Urteil wird am Donnerstag vormittag 8.50 Uhr verkündet werden.

Reederprovokation.

Die herausfordernde Kamengebung der Stignes-Reederei an drei neue Dampfer, Gindenburg — Ludendorff — Tirpitz, hat die Spag nicht schlafen lassen. Sie tauf ihren nächsten Dampfer — „Rahr“, und das Reich, das den Reedern Milliarden zum Wiederaufbau gibt, wird wohl noch Daneslöden sagen, wenn demnächst Lütjoh, Wischoff und Rapp vom Stapel laufen. Für späterhin empfehlen wir noch Hohbach, Arco-Walzen und Knüppel-Kunze!

Ganze sein; unerlässlich aber ist es auch, daß der Charakter des Gebäudes sich von außen vollkommen ausspreche, und das Theater durchaus nur für ein Theater gehalten werden kann.“

Diesem Zweckgedanken seiner Planung entsprechend hat Schinkel sein Haus durchgedeutert, mit dem Theaterraum in der Mitte, dem Konzertsaal links, den Nebenräumen rechts, einem Vorbau für die Zufahrt. In einem Bericht an den König, den das Schinkelmuseum besitzt, legt er diesen die Schönheit, Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Feuerfestigkeit seiner Schöpfung dar, die ihrer Form nach in der Mitte zwischen der großen Oper und dem kleinen Schloßtheater in Charlottenburg steht, zugleich heimlich und für Sehen und Hören bequem sein wird. Besondere Sorgfalt aber wandte der Meister der inneren Ausstattung zu: eine Schule besserer Dekorationsmalerei sollte das Haus werden und gute Maler wie Bach, Schadow, Rothe, Klüber, Hensel haben mitgearbeitet, während Friedrich Tisch, der Bruder des Dichters, den plastischen Schmuck innen und außen übernahm. Von ihm stammen auch die Büsten im Konzertsaal, der ja heute noch die achte hohe Kunst Schinkels zeigt. Der Theatersaal selbst aber, einst in Weiß und Gold strahlend, mit Wachs Deckbild und einem Vorhang Schinkels, einem bacchischen Fest von Wilhelm Schadow am Progenium, hatte sich schon im 19. Jahrhundert manche Umgestaltung gefallen lassen müssen und ist dann vor 15 Jahren ganz zerstört worden, auf Kosten einer unglaublich langweiligen hobbaurechtlichen Schöpfung, eine der schwersten Sünden, die die Kunstpflege des Kaiserreichs auf dem Gewissen hat. Ein paar Bilder aus dem Theatersaal sind in die Charlottenburger Technische Hochschule hinübergerettet worden. Wer in Schinkels Briefen und Berichten liest, mit welcher Sorgfalt und welchem Geschmack er gerade den inneren Ausbau bis ins kleinste Detail geleitet und überwacht hat, der wird um so schwerer beleidigt, wenn er statt der Formen Schinkels und seiner Mitarbeiter dort heute die Leistungen der Epigonen findet.

Fliegenpest. Die Biologie, die heute zu den populärsten Wissenschaften gehört, gewinnt nur langsam dort an Boden, wo sie sich in den Dienst der praktischen Tätigkeit stellen will. Eine ganz besondere wichtige Rolle spielt sie in der Bekämpfung von tierischen und pflanzlichen Schädlingsen. Während man sich bislang dazu vorwiegend der Chemikalien bediente, verlegen sich jetzt verschiedene wissenschaftliche Institute auf die Verwertung von Krankheitsregenern, also von biologischen Faktoren. Ein Erfolg dieser Art scheint bei der lästigen und fruchtbarübertragenden Stubenfliege bevorzustehen, der sich auf einer ganz folgerichtigen Ueberlegung aufbaut. Wohl jeder hat schon im Herbst im Fensterladen, Spiegeln usw. tote Fliegen liegen sehen mit seltsam verkrümmten Beinen und festgefügtem Küssel, umgeben von einem grauweißen Schleier oder Hof. Das sind die Spuren eines mikroskopisch kleinen Pilzes, *Empusa musca*, der Fliegenpest, denen die Fliege zum Opfer gefallen ist. Die Wirkung dieses Pilzes ist für die Fliegen epidemisch,

Eisenbahner, haltet Friedenswacht!

Nach Pressemitteilungen und sonstigen Feststellungen stehen in verschiedenen Teilen Deutschlands Orgehsformationen zum Umarmen nach Oberschlesien bereit oder sind zum Teil schon auf dem Wege dahin. Die Reichsregierung hat in Ausführung der entsprechenden Bestimmungen des Friedensvertrages die Bildung illegaler Formationen verboten. Anscheinend lehnen sich die Leistungen der Orgehs und anderer Freikorps um die Verbote sehr wenig und treiben unter dem Deckmantel nationaler Phrasen nach wie vor ihr verbrecherisches Spiel. Das deutsche Volk, vor allem aber die Arbeiterschaft hat die Pflicht, die Reichsregierung bei der Ausführung des Friedensvertrages zu unterstützen und alles aufzubieten, um den Kriegstreibern das Handwerk zu legen. In erster Linie wird es die Aufgabe der Eisenbahner und ihrer Betriebsräte sein, unerlaubte Transporte zu überwachen und eventuelle Feststellungen den zuständigen Eisenbahnverwaltungen und Behörden sofort mitzuteilen. Wir ersuchen deshalb unsere Mitglieder, auf dem Posten zu sein, um die Reaktion unschädlich zu machen. Wie alle haben die Pflicht, den Frieden zu erhalten!

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Schulpolizei gegen Freikorps.

Breslau, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) An der Grenze des Abstimmungsgebietes sind gestern und vorgestern neun Hundertschaften Schulpolizei zur Verhinderung eingetroffen. Die Mannschaften stammen meistens aus Nordwestdeutschland und werden durch die Stimmung der Bevölkerung des Grenzgebietes wenig beeinträchtigt. Gegen die Werbestelle des Freikorps „Oberland“ in Neisse ist eingeschritten worden. Ein Uebertritt von Freiwilligen über die Grenze dürfte nunmehr tatsächlich kaum mehr möglich oder doch ganz außerordentlich erschwert sein.

Korfanty an die Deutschen.

Warschau, 25. Mai. (O.E.) Korfanty und sein Exekutivkomitee haben einen Aufruf an die „eingeborenen deutschen Stadtbewohner Oberschlesiens“ erlassen, Handel und Gewerbe wieder in Gang zu bringen; sie sollen von der J. A. verlangen, daß die Städte den Insurgenten übergeben werden. Dafür erklärt sich Korfanty bereit, in die Städte ausschließlich militärisch organisierte und uniformierte, rein obereschlesische Polizeitruppen zu entsenden; es solle ein bestimmter Prozentsatz deutscher Oberschlesier in die Polizeitruppen aufgenommen werden, unter der Bedingung, daß sie gegen die polnische Bevölkerung und deren bewaffnete Kräfte und Behörden keine feindseligen Akte unternehmen. Der Aufruf schließt mit der Drohung, daß bei Ablehnung dieses Angebots eine Zunahme des Hungers und die Plünderung der Bürgerrollet durch die Arbeiter die Folge sein werde. Wenn die Orgehs eintreffen, werde die Zukunft Oberschlesiens ein Traumerhäufnis sein.

Myslowitz von Insurgenten besetzt.

Breslau, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorw.“) Die Stadt Myslowitz ist am Sonntag von den französischen Besatzungstruppen vollständig geräumt und darauf von den polnischen Insurgenten besetzt worden.

Die Warschauer Presse fordert, ungeachtet aller Orientierungsstellungen, zur Meldung von freiwilligen Kämpfern für Oberschlesien auf. Nach dem Zurückgehen der Kuffändischen von den gesäuberten Einwohnern wiederbetretene Häuser waren vollständig ausgeraubt. Die Regierungskräfte dauern an; die Sozialisten lehnen eine Koalition mit den Nationaldemokraten ab und Witloch hat die Regierungsbildung abgelehnt. Italien hat die Entfernung des Staatssekretärs Pili vom Außenministerium gefordert, weil er sehr heftig das Verhalten der italienischen Truppen in Oberschlesien kritisiert hatte.

Keine Solidaritätserklärung Italiens.

Mailand, 25. Mai. (E.P.) Der „Corriere della Sera“ demontiert die Meldung des Pariser „Temps“, daß der italienische Botschafter sich an den Quai d'Orsay begeben hat, um der französischen Regierung mitzuteilen, die italienische Regierung habe ihren Botschafter in Berlin angewiesen, bei der deutschen Regierung in der obereschlesischen Frage einen gleichen Schritt zu unternehmen wie die französische Regierung. Graf Bonin-Langare habe keine Solidaritätserklärung abgegeben.

und jede Fliege, die von ihm befallen ist, geht langsam aber sicher zugrunde und bildet eine Anstehungsquelle für Hunderte und Tausende anderer Fliegen. Schon lange hat man versucht, diesen tödlichen Feind der Fliegen praktisch zu vermerken, die Empusa musca künstlich zu züchten und damit für die Anwendung im großen geeignet zu machen. Nun ist es, so lesen wir in der „Deutschen landwirtschaftlichen Presse“, gelungen, die Züchtung dieses Pilzes auf besonderen Nährboden durchzuführen und die gewonnenen Sporen zu einem wirksamen Fliegenbekämpfungsmittel zu verarbeiten, das unter dem Namen „Hidoi“ in den Handel kommt. Wenn das Präparat wirklich nur für die Fliegen, nicht aber auch für andere Geschöpfe schädlich wirkt, so bedeutet seine rechtzeitige Anwendung bei der jetzt wieder einsetzenden Fliegenplage ein Verdienst um das allgemeine Wohl von Mensch und Tier.

Das Auto als Kastenwagen. Die vielseitige Verwendungsfähigkeit des großen Kastenwagens zeigt sich in Amerika in immer neuen Spielarten. Eine der letzten Erfindungen auf diesem Gebiete ist, unter der Bezeichnung „Store at your door“, eine Art fahrbarer Materialwarenhandlung, die aus einem großen, auf einem 1 1/2-Tonnen-Chassis aufmontierten Kastenaufbau besteht. Auf der Innen- und Außenseite sind zahlreiche Reihen von Fächern und Regalen angebracht, die die verschiedensten Waren enthalten. An der Vorderseite des Wagens befindet sich eine umfangreiche Ablageeinrichtung zur geeigneten Aufbewahrung von Butter, Eiern, Käse und anderen Dingen, die eine kühle Temperatur verlangen. Die nach außen gelegenen Warenfächer können durch Schieberahmen verschlossen werden. Jeder Zentimeter in dem neuartigen Fahrzeug ist zweckmäßig ausgenutzt, so daß eine erstaunliche große Anzahl von Waren in dem beschränkten Raum in übersichtlicher Weise untergebracht werden kann und leicht und schnell zum Zwecke der Verteilung oder des Verkaufs zugänglich ist. Das Robonauto eignet sich seiner ganzen Beschaffenheit nach insbesondere für die Bedienung ländlicher Kundschaf.

Der Gemischte Chor Groß-Berlin* (M. D. A. S. B.) veranstaltet am Sonntag 7. Uhr in der Villaharmonie unter der Leitung seines Dirigenten Hermann Scherchen sein zweites Konzert. Mitwirkende: Professor Walter Fischer (Orgel), Lamborn (Violine), Seeländer (Cello). Eintrittsdreier inkl. Programm 2.50 M. Billets in beschränkter Zahl auch an der Abendkasse. Der Gemischte Chor* legt jeden Freitag von 7 1/2 — 9 1/2 Uhr im „Grauen Kloster“, Klosterstr. 74, wo Renaissancesaal stattfindet.

Am Verbernd- und Baumuseum wird Sonntag auch ein Eintrittsgeld von 2 M. erhoben. Nur Donnerstag und Sonntag ist frei. Sonntag ist das Museum geschlossen. Für Eisenbahnbedienstete usw. ist der Eintritt frei. **Tagung der Stadtkultur in Götter.** Vom 19. bis 21. Mai tagten in Götter die Vertreter der deutschen Städte, die in der Schulhaushalt und Schulverwaltung tätig sind, um über die krenzenden Aufgaben und finanziellen Probleme zur Einigung zu kommen. Das Ergebnis wurde in Urtheile zusammengefaßt, die den Zentralverbänden übergeben wurden. **Das Arzuz auf dem Herinandsweilertor.** Der Gedanke, auf dem herinandsweilertor Bogenschützen den Gefolken ein Festmal zu errichten, geht seiner Verwirklichung entgegen. Auf mächtigem Sockel, dessen Inneres eine Stuppa enthalten wird, soll sich weiterhin sichtbar ein 48 Meter hohes Alexanderer erheben. **Die neuen Reichsmarken.** Die endgültigen Reichsmarkenreife für das Gebiet der freien Stadt Danzig wird voraussichtlich in den ersten Junitagen ausgegeben. Der Entwurf zeigt des Danziger Wappens mit dem Löwen als Schildhalter.

Wie wird die Milchversorgung Berlins?

Der Magistrat schützt die Verbraucher. — Abwehr des Wuchers.

Der 1. Juni bedeutet für das Reich und für Berlin im besonderen, eine weitere Etappe im Abbau der dem Handel wie der Landwirtschaft verhassten Zwangswirtschaft, deren Mißerfolge gar nicht in der Methode dieser durch die allgemeine Not begründeten Wirtschaftsform zu suchen sind, als vielmehr in der seit dem ersten Tage ihrer Einrichtung eingesetzten planmäßigen Hintertreibung der volksfreundlichen Wirksamkeit. Auch in den Zeiten unerhörtester Not wollten Produzenten und Zwischenhändler das Recht haben, die Preise nach Angebot und Nachfrage zu bestimmen. Man erinnere sich des Sturmlaufs gegen die Fleisch-Zwangswirtschaft. Man erinnere sich der lieblichen Redensarten seitens der Agrarier und Händler, nach denen bekanntlich dafür gesorgt werden würde, daß das Volk im freien Handel gutes Fleisch zu mäßigen Preisen — etwa 10 M. das Pfund — erhalten sollte. Was ist von diesen Redereien wahr geworden? Fleisch ist zwar da, wer aber kann es kaufen?

Das Spiel mit den Lieferungsverträgen.

Gemäß einer Verfügung des Reichsernährungsministers soll die zwangsmäßige Bewirtschaftung von Milch, Butter und Käse fallen, und zwar erstreckt sich die neue Freiheit, mit der das Volk beglückt werden soll, zunächst auf die Produzenten, das sind die Landwirte. Sie haben in Zukunft das Recht, mit ihrer Milch zu tun und zu lassen, was ihnen beliebt. Sie können, was bereits vielfach geschehen ist, mit Gemeinden und Händlern Lieferungsverträge abschließen. Sie haben aber auch das Recht, die Vollmilch zu entzählen und die Sahne zu verbuttern oder an Konditoreien zur Herstellung von Schlagzahn zu verkaufen, während die Rahm- und Magermilch an die Schweine verfüttert wird. Der Lieferungsvertrag soll nun, nach der Befreiung der Landwirte, das vorzüglichste Mittel sein, dessen sich Gemeinden und Händler jederzeit bedienen können, um sich die benötigten Quantitäten Milch sicherzustellen. Zunächst ist schon recht bemerkenswert, daß, nachdem die Verpflichtung zur Ablieferung von Milch immer mehr verlagert hat, jetzt plötzlich, sobald nur erst der freie Lieferungsvertrag da ist, auch die Milch da sein soll. Mit andern Worten, die Milch ist natürlich auch heute schon da, nur wollen die Landwirte sie zu den jetzigen Preisen nicht hergeben. Ferner kommt es bei einem Lieferungsvertrag auf die Befristung an. Die Frist, bis wie lange er läuft, kann kurz oder lang sein. Und nun ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die Landwirte sich keineswegs an langfristige Verträge binden, die allein doch imstande wären, auch auf längere Zeit hinaus einen bestimmten Preis festzulegen. Man rechnet vielmehr heute schon in der Landwirtschaft auf ein starkes Anziehen aller Milch- und Milchproduktpreise zum kommenden Herbst und schließt demzufolge auch die Lieferungsverträge ab. Was das Steigen der Preise im Herbst zu bedeuten hat, werden wir weiterhin sehen. Außerdem aber ist man auch bei den Produzenten kein Freund von Konventionalstrafen, das ist die Vertragsstrafe, die der Lieferende an den zu Beliefernden zahlen muß, wenn er mit der Lieferung gar ganz ausfällt. Die Dinge liegen also dergestalt, daß die Milchproduzenten zwar mit Großhändlern und Großabnehmern Verträge eingehen, daß die Abnehmer aber bei Nichtlieferung keineswegs auf Vertragsstrafe dringen können. So stellen sich die Lieferungsverträge offenbar dar als das berühmte Messer ohne Heft, dem die Klinge fehlt.

Die Stadt in einer Zwangslage.

Soll nun Groß-Berlin mit seinen insgesamt vier Millionen Einwohnern — also mehr als das ganze württembergische Land zu-

sammen —, soll dieser gewaltige Wirtschaftskörper einer solchen Ungewißheit überlassen, soll er auf Gnade und Ungnade den Produzenten und Händlern ausgeliefert werden? Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die Gemeinden in der Uebergangszeit das Recht haben, die Belieferung der Bevölkerung sicherzustellen, und zwar durch die bisherigen städtischen Verteilungsstellen. Damit soll erreicht werden, daß zum mindesten Kinder, Schwangere, stillende Mütter und bestimmte Kategorien Kranke nach wie vor ihre Milch erhalten. Diese Pflicht wie bisher weiter zu erfüllen, sieht die Stadt Berlin als selbstverständlich an. Auf Grund von bereits getätigten Lieferungsverträgen sollen an Berlin vom 1. Juni ab insgesamt täglich 400 000 Liter Milch geliefert werden. Davon entfallen, gleichfalls täglich, 240 000 Liter an die oben bezeichneten Kinder usw., so daß 260 000 Liter im freien Verkauf zur Verfügung stehen würden. Bisher hat der Liter Milch 3 M. gekostet. Es ist das Bestreben der Stadt Berlin, diesen Preis für die Milch der Kinder, Säuglinge usw. beizubehalten, weil dieser Preis, an sich schon 2000 Proz. des Friedenspreises, so hoch ist, daß ihn bereits heute weite Kreise der armen und ärmsten Bevölkerung überhaupt nicht bezahlen können und infolgedessen die Karten verkaufen. Um einer fortschreitenden Verelendung vorzubeugen, müssen also die Schwangeren, Säuglinge usw. die Milch zum mindesten zu dem bisherigen Preis bekommen. Der Liter Milch kostet der Stadt selbst frei Bahnhof Berlin aber schon 2,60 M., wovon auf Fracht je nach Entfernung auf den Liter 30 bis 70 Pf. entfallen, so daß die Landwirte für den Liter immerhin noch 2 M. und darüber erhalten. Kauft die Stadt zu 2,60 M. ein, verkauft sie zu 3 M., so hat sie dabei einen Schaden von 60 Pf. pro Liter, denn die Selbstkosten betragen nach Berechnung des Milchamtes pro Liter 1 M. Ueber diese Selbstkosten der Stadt ist bereits viel gestritten worden, weil man sie für zu hoch hält. Wie dem auch sei, muß die Stadt die Milch an Säuglinge, Kinder usw. weiter wie bisher zu 3 M. liefern, so würde sie bei täglich 140 000 Liter zu je 60 Pf. einen Verlust von 84 000 M. haben. Das macht im Jahre die enorme Summe von 30 000 000 M. Woher soll die Stadt dieses Geld nehmen? Vielleicht wissen die bereits erwähnten Zauberkünstler auch hier Rat.

Nun bringt eine bürgerliche Korrespondenz die Nachricht, daß zwischen dem Berliner städtischen Milchamt und den Berliner Milchhändlern Verhandlungen stattgefunden haben, in deren Verlauf die Händler dem Amt vorrechneten, daß, wenn es den Preis für die im freien Handel erhältliche Milch auf 3,55 M. pro Liter festsetze, die durch die Kartenn Milch herbeigerufenen Unterbilanz vollkommen gedeckt werde, ja, daß die Händler sogar noch monatlich 35 500 M. an das Milchamt rückvergüten können. Sollte die Berechnung der Händler wirklich zu Recht bestehen, so wäre allerdings unverzüglich nachzuprüfen, wie es kommt, daß das Milchamt der Ansicht ist, es könne die durch die Kartenn Milch herbeigerufenen Unterbilanz nur dadurch wettmachen, daß es die freie Milch zu 4 M. verkaufen. Ob nun aber die Milch im freien Handel 4 M., ob sie 3,55 M. kostet, der Preis ist in dem einen wie dem andern Fall so hoch, daß manche Hausfrau in verzweifelte Tränen ausbrechen wird, denn 3,55 M. sind noch immer 2400 Proz. des Friedenspreises. Die Bevölkerung wird aber zweifellos auch sonst allen Berechnungen und Versprechungen des freien Handels mit dem denkbar größten Mißtrauen begegnen müssen, wenn sie sich der ganz ähnlichen Versprechungen bezüglich Fleisch und Eier erinnert. Auch hier wurde das Blaue vom Himmel herunter — verprochen. Heute sind die Preise im freien Handel 3000 Proz. über Friedenspreis. Weiterhin aber kommen wir jetzt auf das eingangs Erwähnte zurück. Die Lieferungsverträge sind überall kurz. Jetzt, in der Zeit des Grünfutters, sind die Rüge vollnehmend. Im Herbst wird das Bild we-

sentlich anders aussehen und dieselben Herren und dieselbe bürgerliche Presse, auch die demokratische, die sich in Entrüstung über die städtische Milchpolitik überfistelt, wird vermutlich im Herbst, wenn die Agrarier und Händler erklären, sie müssen leider die Preise erhöhen, verlegen brummeln: Die Berliner sind ja auch rein toll nach Milch. Soviel kann die Landwirtschaft natürlich nicht schaffen. Da müssen ja die Preise — nach der manchesterlichen Lehre von Angebot und Nachfrage — in die Höhe gehen.

Nur das eine ist jetzt sicher:

die die Milch am nötigsten haben,

Kinder bis zu vier Jahren, stillende Mütter, Schwangere und bestimmte Kranke, werden nach dem 1. Juni ihre Milch zum Preise von 3 M. für den Liter weiter erhalten. Für die übrige Bevölkerung, d. h. für die, die es zahlen kann, werden weitere 260 000 Liter vorhanden sein. Der Preis wird jedenfalls in diesen Tagen festgesetzt werden. Dem freien Handel aber wird in Zukunft die ganz besondere Aufmerksamkeit des Berliner Volkes gelten müssen.

Das Nachschienamt des Magistrats teilt mit: Aus Anlaß der Neuregelung der Milchverteilung und Festsetzung der Preise hat sich der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung mit allen einschlägigen Fragen eingehend beschäftigt. Ueber das Ergebnis der Beratung wird sofort weitere Mitteilung ergehen. Die Unterlagen für die Nachricht über eine angeklagte beabsichtigte Verteuerung des Milchpreises sind in einer Reihe von Punkten völlig unzutreffend. Vor allen Dingen kann von einer beabsichtigten Verteuerung der Milch um 45 Pfennig zu Cassen des Handels keine Rede sein.

Kampf um Groß-Berlin.

Den WPK wird von Unterrichtsleiter Seite geschrieben: Aus verschiedenen Teilen des neuen Groß-Berlin laufen beim Ministerium des Innern und beim Parlament Petitionen ein, die das Gesetz der neuen Stadtgemeinde Groß-Berlin vom 27. April 1920 abändern bzw. rückgängig machen wollen. Auch im preussischen Landtag sind entsprechende Anträge gestellt worden, die bereits in den letzten Sitzungen vor der Vertagung auf der Tagesordnung gestanden, aber noch nicht erledigt werden konnten. Sie werden vermutlich einer Kommission überwiesen werden, die Gelegenheit nehmen wird, die Einzelbeschwerden und eine etwaige Abänderungsbedürftigkeit des Gesetzes eingehend zu prüfen.

Schon heute kann aber gesagt werden, daß es außerordentlich schwierig sein würde, nicht bloß politisch, sondern auch sachlich die durch das Gesetz vollzogenen Eingemeindungen teilweise rückgängig zu machen. Abgesehen davon läßt sich bei der Kürze der Zeit, während der das Gesetz vom 27. April o. J. erst in Wirksamkeit ist — die witzige Durchführung ist auch heute noch nicht vollständig beendet —, heute noch gar nicht sachlich beurteilen, ob die Nachteile, die in den betreffenden Petitionen ins Feld geführt werden, sich nicht auch auf andere Weise als durch Rückgängigmachung zweckmäßig und zufriedenstellend beseitigen lassen.

Der Mann im Koffer.

Wenn einer als Stückgut fährt.

Eine tragikomische Einbrechergeschichte, wert jedem Witzblatt zur Freude zu lesen, wurde vor der Strafkammer des Landgerichts II verhandelt. Dort hatten sich die beiden Brüder, Artisten Max und Paul Krabi, unter der Anklage des verurteilten schweren Diebstahls und der Urkundensäufung nochmals zu verantworten. Der erste Termin mußte verlagert werden, weil die Angeklagten behaupteten, daß sie zu ihrem Geständnis durch Drohungen der Postbeamten gezwungen worden seien.

Nach diesem Geständnis hatten sich beide einen artigen Plan ausgearbeitet. Danach sollte sich Max, mit Einbrecherwerkzeug und einigen Nahrungsmitteln ausgerüstet, in einen Koffer einschließen lassen, den sein Bruder Paul als Stückgut nach Spandau aufgeben und dabei sich selbst unter falschem Namen als Empfänger bezeichnen sollte. Auf dem Wege von der Hofstraße nach Spandau sollte Max im Güterwagen den

se mehr davon. Man fand sie ja, — die armen Wesen; und mit dem Kinde unterm Herzen wurden sie begraben. Und wenn der Tag kam — —. Sie mußte an die Frau des Krugwirts denken, die ihr Kind nicht wickeln konnte, und am allermeisten an das Angeborne, das das alles durchmachen mußte — ein friedendes kleines Geschöpf ohne Wickeln und Bindeln —, daß ihr das Herz blutete. Voll Grauen zog sie sich von dem Wasser zurück und irrte ratlos umher.

Oben von den Feldern rief eine Stimme, sie hob den Kopf. . . es war Karl. Laufend und winkend kam er herabgeköhlt. Einen Augenblick stand sie empfindungslos da, dann wandte sie sich um und floh. „Sch muß mit dir reden!“ Sie hörte seine Schritte hinter sich, ließ, daß die nassen Röcke ihr um die Fersen schlugen, und schrie wie von Sinnen. Ueber die ganze Koppel lief sie, an Rasmus Ritters Hütte vorbei, wo die Kinder standen und ihr erstaunt nachsahen, und weiter, bis sie auf die Kommunalstraße stieß, die zum Dorf führte. Dort verbarg sie sich in den Dünen.

Erst als die Dunkelheit hereinbrach, wagte sie sich ins Dorf. Sie schlich um die Häuser herum zum Hofen hin, um niemandem zu begegnen; sie meinte, jeder müsse es ihr ansehen können, wie es um sie stand. Lars Peter arbeitete im Boot zusammen mit seinen Kameraden; einer von diesen erzählte etwas, und sie hörte den Vater lachen. Tief und warm dröbnte es aus seiner Brust; Stine hätte beinahe darob aufgeschrien.

Hinter einem umgelegten Boot hielt sie sich versteckt; nach und erstarrt sah sie da und wartete darauf, daß er fertig werden würde. Es dauerte entsetzlich lange; die Arbeit im Boot war getan, aber sie blieben auf der Mose stehen und schwätzten. Stine jammerte in der Kälte leise vor sich hin; sie begriff es nicht, daß jemand so unbedürftigt schwagen könne.

Endlich sagte er Gute Nacht und kam. Stine richtete sich auf. „Vater!“ flüsterte sie.

„Was zum Henker. — bist du es?“ rief Lars Peter gedämpft. „Wie kommst du denn hierher?“

Sie sagte nichts, stand nur schwanzend im Dunkel.

„Bist du krank, Kind?“ fragte er und umfaßte sie, um sie zu stützen. Er fühlte, wie naß und elend sie war, und starrte ihr ins Gesicht. „Hast du was Unangenehmes erlebt?“ fragte er. Sie wandte das Gesicht ab, und bei dieser Bewegung stieg ihm eine Ahnung auf. „Komm, laß uns nach Hause gehen.“ sagte er und umfaßte behutsam ihren Arm, „laß uns zu Mutter nach Hause gehen!“ Seine Stimme überschlug sich. Zum erstenmal hörte Stine ihren großen, starken Vater stöhnen, und der Laut schnitt ihr ins Herz. Da verstand sie im Ernste, wie verzweifelt das Ganze war.

(Fortf. folgt)

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Nexé.

Ms Beute der Verwirrung und Verzweiflung ging sie umher; ihr war, als starrten alle Menschen sie an, als verhielten sich alle so wunderlich, fast feindselig. Karl blieb ihr fern; wie sie's auch einrichten möchte, es war nicht möglich, allein mit ihm zu reden. Ein gutes Wort wäre jetzt so willkommen gewesen, aber niemand hatte es für sie übrig. Und die daheim . . . wenn die es zu wissen bekämen . . . der Vater! Eines Tages kam eine in den Stall zu ihr hinübergelaufen. „Du sollst zur Bäuerin hineinkommen!“ sagte sie und starrte sie an mit Augen, die starr vor Schreck waren. Stine selbst hatte keine Angst; sie hatte eher das Gefühl, daß jetzt ihre Befreiung kam.

Karen sah in der guten Stube am Tisch; sie sah aus wie eine, die Gericht halten soll; sie hatte ein schwarzes Kopftuch umgenommen und hielt ein Buch in der Hand. Hinter ihr stand Karl; er sah lebend auf Stine.

Aber sie gestand offen alles, wie es war, — so war's wenigstens überstanden. Bei all dem Uebeln hatte die Bäuerin doch immer in dem Rufe gestanden, recht zu tun, wenn's ernstlich darauf ankam. Sie würde gewiß anerkennen, daß Stine sich Karls angenommen hatte, — und ihr drüber wegsehen.

Aber hierzu reichte Karens Rechtsinn jedenfalls nicht aus. Vielleicht lag es daran, weil sie dem Sohne gegenüber schuld- bewusst war und ihn gerne zum Mitschuldigen haben wollte. Sie ergriff für ihn Partei, schalt ihn nicht einmal aus, sondern wandte all ihren Zorn Stine zu.

„Das hat man also davon, daß man sich deiner angenommen und dir Essen und Kleider gegeben hat,“ sagte sie. „Schande kriegt man zum Dant — und Unglück obendrein. Liebe man dir dein Recht antommen, so verklagte man dich bei der Obrigkeit und begnügte sich nicht damit, dich abzuweisen. Du kannst selber die Paragraphen hier sehen!“ Karen hielt das Gefindegesetz vor sie hin und redete in feierlicher Buchsprache. „Du hast eines der Kinder des Hauses zu Schlichtigkeiten verteilt, — Paragraph sechs. Du hast dich eines unzüchtigen Verkehrs mit einer anderen zum Hausstande gehörigen Person schuldig gemacht, — Paragraph zwöf. Und obwohl du ein lediger Dienstmote bist, bist du schwanger, — Paragraph dreizehn. Du hast dein Recht dreimal eingebüßt, und man kann mit dir tun, was man will. Nach, daß du fortkommst, — und zwar ein bißchen plögl!“

Mit leblosem Ausdruck nahm Stine das alles hin, sie weinte nicht einmal. Da sah die Bäuerin mit dem Befehl in der Hand, verurteilte sie nach seinem unzweideutigen Buchstaben, — und stellte trotzdem die Wahrheit auf den Kopf. Das Ganze war so sinnlos, aber Lars Peters seltsames Wort fiel ihr ein, daß der Dienende kein Recht hat. Als die Bäuerin sie aufforderte, sich davon zu scheren, richtete sie den Blick auf Karl; zwei erstaunt fragende, unschuldige Kinderaugen schauten ihn an. Würde er gar nichts sagen? Aber er hielt sich nahe zur Mutter und sah sie an, als sei sie eine durchtriebene Verführerin. Da wartete sie hinaus, ging in ihre Kammer und packte ihr Bündel.

Vielleicht war Karen der Gemütsstimmung ihres Sohnes nicht ganz sicher, sie wollte Stine so schnell wie möglich vom Hof haben; jedenfalls folgte sie ihr und trieb sie zur Eise an. Als Stine das Bündel unter den Arm genommen hatte und gehen wollte, schlug Karen plötzlich das Deckbett zurück. „Hast du da die Sünde betrieben?“, sagte sie und sah ihr mit gierigem Ausdruck ins Gesicht.

Stine trotzte aufs Geratewohl vorwärts. Was sie wollte, wußte sie nicht; in ihr selbst war alles erloschen, und um sie her war es bitterlich kalt und leer. Nur eine Vorstellung festigte sich etwas in ihr: sie wollte nicht nach Hause, — nicht um alles in der Welt!

Es war Vorfrühjahr, der Frost war noch nicht aus der Erde gewichen; die Felder waren entsetzlich aufgeweicht. Aber sie trabte weiter, patschte durch den Morast vorwärts, blieb stecken und kam wieder los — und gelangte zur Koppel. Das Wasser stand um ihre „Inselchen“, auf denen sie ihre Reste geholt hatte; sie mußte heranzwaten. In ihren Schuhen gluckste das Wasser, und ihre Nase lief; sie weinte innerlich, mit unaufhörlichem schwachem Jammern; aber ihre Augen waren starr und trocken. In den Restern war's kahl und kalt, das Gebüsch hatte keine Blätter; da lagen noch kleine Gegenstände aus ihrer Spielzeit, wie sie sie hinterlassen hatte. Sie watete zurück und setzte sich auf den Moorhang, wo sie so oft gefessen hatte, mit ihrer Arbeit beschäftigt, — die Beine baumeln lassend, wie sie es gewöhnlich tat.

Sie starrte in das braune Wasser hinab, mo die Hechte schon nach den Wasserkäfern jagten, und dachte an alle die trüben Gedanken, die sie von Mädchen gehört hatte, die sich in ihrer Not das Leben genommen hatten; sie dachte auch daran, wie kalt es da unten sein müsse, und ein Schauer überfiel sie. Wie schwermütige Weisen hatten ihr die Berichte im Sinn gelegen, so fern und unwirklich, — und doch so traurig. Es gab Lieber darüber, und sie hatte sie hier unten gelungen und vor Mitleid dabei geweint. Aber nun wußte

Reichskanzler Wirth über Briands Rede.

Berlin, 25. April. (WZ.) Ein Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hat heute in Freiburg i. Br. weitläufig Reichskanzler um eine Aeußerung zu dem auf Oberschlesien bezüglichen Teile der Rede Briands. Der Herr Reichskanzler erklärte etwa folgendes: „Ich erkenne gern an, daß die Rede des französischen Ministerpräsidenten

auf einen maßvollen Ton abgestimmt ist. In der Sache aber geht Herr Briand bei der Begründung der polnischen von Frankreich unterstützten Ansprüche von Voraussetzungen aus, denen die Tatsachen teilweise widersprechen. Ein historischer Anspruch der Polen auf Oberschlesien besteht nicht, denn Oberschlesien ist nicht, wie Herr Briand meint, vor sechshundert Jahren durch Gewalt an Deutschland gekommen, sondern es ist vor neunhundert Jahren gewaltsam von Polen erobert worden, und zweihundert Jahre später, also vor siebenhundert Jahren, hat es sich infolge des Verzichts des polnischen Großherzogs Wladislaus Was-tonogi, also

auf völlig friedlichem Wege von Polen getrennt. Wenn die Polen, wie Herr Briand weiter behauptet, zur Zeit der Pariser Verhandlungen von 1919 starke Gründe für den Glauben hatten, daß die Abstimmung zu ihren Gunsten ausfallen würde, so fußten diese Gründe weder auf der früheren mittelalterlichen Vergangenheit, noch auf der jüngsten Vergangenheit, denn bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Kriege hatten die Polen in Oberschlesien kaum 30 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, die Deutschen 70 Prozent. Bieleicht haben die Polen aus diesem Grunde bei den Verhandlungen von 1919 ausdrücklich das Abstimmungsrecht der Emigranten verlangt, weil sie hofften, dadurch die Stimmenmehrheit zu erlangen. Wenn sie sich in dieser Rechnung getäuscht haben und wenn die auswärtigen Stimmberechtigten in ihrer Wehrzahl für Deutschland eingetrennt sind, so kann nur der geringen Voraussicht der Polen, nicht aber den Deutschen ein Vorwurf daraus gemacht werden. Im Übrigen ist es selbstverständlich nicht zureichend, wenn Herr Briand alle überhaupt von Emigranten abgegebenen Stimmen den Deutschen zuzählt, denn unter jenen befanden sich selbstverständlich auch eine große Anzahl von Ausgewanderten, die für Polen gestimmt haben. Die Polen haben historisch keinen Anspruch auf Oberschlesien; sie haben nach dem Abstimmungsergebnis keinen Anspruch auf Oberschlesien, denn die deutsche Mehrheit von fast 4 Millionen Stimmen läßt sich nicht fortbispulieren;

sie haben moralisch keinen Anspruch, da sie mit dem Aufstand die Gewalt an die Stelle des Rechts zu setzen gesucht haben, und sie haben wirtschaftlich keinen Anspruch, weil die oberschlesische Industrie von den Deutschen geschaffen ist und weil nach dem Urteil der nichtdeutschen Fachmänner die Polen diese blühende Industrie nicht zu erhalten, geschweige denn weiterzuentwickeln vermöchten. In dem Wunsche finde ich mich aber mit dem französischen Ministerpräsidenten zusammen,

daß die Gerechtigkeit liegen muß. Die deutsche Regierung, welche sich außerordentliche Zurückhaltung in dieser Frage auferlegt und so erhebliche Opfer gebracht hat, darf auch daraus rechnen, daß die endgültige Regelung der oberschlesischen Frage in objektiver und gerechter Weise erfolgen wird. Etwas anderes als dies verlangt sie nicht.

Teilabrüstung in Frankreich.

Paris, 25. Mai. (U.) Auf Grund des Berichtes des Oberkommandos der Rheinarmee über die Zahl der notwendigen Truppen hat die Regierung beschlossen, sofort alle verbelebten Soldaten und alle Stützen der Familien der Klasse 1910 zu entlassen. In zahlreichen Garnisonen hatten die 1910er für Entlassung demonstriert.

Loucheur berichtigt.

Zu der von uns am Sonntag veröffentlichten und beifällig besprochenen halbamtlichen Wolff-Meldung über das grundsätzliche Einverständnis Loucheurs mit der Verwendung deutscher Arbeitskräfte in einem bestimmten Abschnitt der zerstörten Zone in Nordfrankreich läßt Loucheur durch Havas aus Brüssel, wohin er sich zu einer Besprechung mit dem belgischen Finanzminister Theunis begeben hatte, berichtend mitteilen, die Nachricht sei in dieser Form unrichtig. Er habe nur, indem er die Frage des grundsätzlichen Einverständnisses der französischen Regierung noch offen ließ, Deutschland ersucht, greifbare Vorschläge in dieser Richtung zu machen.

Es ist recht eigentümlich, daß das französische Bureau diese Berichtigung, die wir aus französischen Blättern entnehmen, überhaupt nicht veröffentlicht hat. Die Frage ist u. E. zu wichtig, als daß die deutsche Öffentlichkeit über die Äußerungen der Gegenseite im Unklaren gehalten werden dürfe. Indessen hoffen wir, daß es sich bei der Auslassung Loucheurs nur um rein formale Differenzen in der Interpretation seiner bisherigen Aussagen handelt, und wir erwarten, daß das Wiedererbauministerium im Einvernehmen mit den deutschen Gewerkschaften die gewünschten konkreten Vorschläge alsbald einreichen wird.

Die deutsch-belgische Grenze.

Der Botschaftsrat hat alle deutschen Vorstellungen wegen der Grenzziehung zwischen Deutschland und Belgien endgültig abgelehnt.

Emile Combes †

Wie Havas meldet, ist der frühere französische Ministerpräsident Emile Combes in seiner Heimatstadt Pons im Alter von 84 Jahren gestorben. Mit ihm verschwindet von der politischen Bühne Frankreich ein Mann, der viele Jahre hindurch als Symbol des antiklerikalen, freidenkerischen Kurzes der Dritten Republik angesehen wurde. Von den Katholiken wurde er nicht allein deshalb gehaßt, weil er als Ministerpräsident von 1902—1905 die Trennung von Kirche und Staat durchführte, sondern auch weil sie in ihm, dem einstigen Jünger eines Priesterseminars, einen Renegaten erblickten. Bei dem freidenkerischen Frankreich, das bei Kriegsausbruch fast ununterbrochen das Heft in der Hand behielt, war der „keine Vater“ Combes dagegen außerordentlich populär.

Nach seinem Abgang spielte Combes weiter eine hervorragende Rolle als Führer der radikalen Partei und hatte namentlich den Senat ganz in seiner Hand. Aber sein Wirken beschränkte sich fast ausschließlich auf die Klüsse. Während des Krieges ist er allerdings mit 80 Jahren noch einmal persönlich aufgetreten, als er im Kabinett Briand (1915/16) einen Posten als Minister ohne Portefeuille zur Stärkung des Burgfriedensgedankens annahm. Wenn er auch seitdem nie wieder hervorgetreten ist, so ist es doch bekannt, daß er den neuesten reaktionären Kurs, der seit dem allgemeinen Neuwahlen vom November 1919 in Frankreich herrscht, mit großer Sorge verfolgte.

Das Urteil der Parteigenossen.

Am Montagmorgen fand im Gewerkschaftshaus in Darmstadt eine stark besuchte Versammlung der Funktionäre und Vertrauensleute der SPD, Bezirk Darmstadt, statt, um zu dem Thema: „Das angenehme Ultimatum der Entente und der Eintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Reichsregierung“ Stellung zu nehmen. Das einleitende Referat wurde von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Duessell erstattet. Nach eingehender Diskussion wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die Funktionäre und Vertrauensleute der SPD, Bezirk Darmstadt, erklären sich mit der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion betr. Zustimmung zu dem Entente-Ultimatum einverstanden. Ebenfalls wird als notwendige Folgerung hieraus der Eintritt unserer Genossen in die Reichsregierung gebilligt. Das große Opfer, welches die Sozialdemokratische Partei durch die Übernahme der gewaltigen Verantwortung gebracht hat, wird voll und ganz gewürdigt und sind die Funktionäre und Vertrauensleute bereit, ihrerseits die Partei in der so schwierigen Aufgabe zu unterstützen. Nunmehr muß es die Aufgabe unserer Genossen in der Regierung sein, alle Kräfte einzusetzen, um zu erreichen, daß die besten und besten Klassen zur Erfüllung der Ententebedingungen alles das aufbringen, was sie noch ihrer ganzen Kriegspolitik und entsprechend ihrer Zahlungsfähigkeit verpflichtet sind. Ebenso muß die Entlohnung sofort durchgeführt werden.“

Wenn nun bedauert werden muß, daß zurzeit eine Erweiterung der Koalition unter Einbeziehung der USR, bedingt durch deren ablehnende Haltung, nicht möglich ist, so müssen wir andererseits mit aller Entschiedenheit aussprechen, daß eine Verdrößerung der Koalition nach rechts durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei, unbedingt abgelehnt werden muß. Eine Partei, die durch Ablehnung des Ultimatums, aus reinem Parteigegensinn, bereit war, das deutsche Volk in das größte Unglück zu stürzen, kann nie und nimmer berufen sein, nunmehr an verantwortungsvoller Stelle mitzuwirken. Diese Partei hat sich durch ihr Verhalten selbst ausgeschaltet und muß im Interesse des Volkes fortgesetzt bleiben. Auch würde der Wiedereintritt dieser Partei in das Reichskabinett, im Auslande den denkbar schlechtesten Eindruck hervorrufen.

Aus allen diesen Gründen richten wir an die SPD-Reichstagsfraktion das Ersuchen, in dieser Frage mit der Deutschen Volkspartei in keiner Verhandlung mehr einzutreten, dagegen aber keinen Versuch zu unterlassen, um den Anschluß nach links herbeizuführen. Denn nur durch die Einigkeit des Proletariats können die Widerstände der Reaktion gebrochen werden.

Höring gegen Orgesch.

Magdeburg, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Von den im Landratsamt Rathenow, Provinz Brandenburg, beschäftigten Major Berner und dem angehenden Leuten Hauptmann wurde, offenbar im Einverständnis mit dem Landrat v. Bredow, der Ausbau der Orgesch in verschiedenen Kreisen der Provinz Sachsen systematisch durchgeführt. Die Mitglieder wurden sorgfältig ausgewählt und aufgeführt, sich mit Waffen aller Art, Jagdgewehren usw. zu bewaffnen. Bedenken wurden mit dem Hinweis zerstreut, seit der bekannten Aufhebung des Freikorpsverbots könne die Regierung nicht mehr eingreifen, auch seien die Behörden mit der Organisation einverstanden. In den Landorten haben sich aus ehemaligen Kavalleristen sogenannte Reitervereine gebildet, die aus ihrer Zugehörigkeit zur Orgesch kein Hehl machen. Den Behörden ist bekannt geworden, daß zahlreiche Waffenlager vorhanden sind, die in größeren und kleineren Räumen hinter neugezogenen Mauern versteckt sind. Die Suche nach diesen Waffenlagern habe bereits begonnen, und es ist anzunehmen, daß in den nächsten Tagen einige dieser Mauern fallen werden. In der Arbeiterschaft haben diese Vorgänge dem Gedanken Nahrung gegeben, bei weiterem Vergehen der Behörden durch Bildung von ähnlichen Organisationen sich vor den sehr zu befürchtenden reaktionären Ueberfällen zu schützen. Um den daraus entspringenden Gefahren zu begegnen, hat Oberpräsident Höring eine Verordnung herausgegeben, die Bildung von Freikorps und anderen militärischen Verbänden, sowie die Anwerbung von Freiwilligen und alle sonstigen Vorbereitungen, den Zusammenschluß von Personen zu Kampf- oder Selbstschutzorganisationen aller Art und die Aufnahme von entsprechenden Anzeigen, Aufsätzen in Zeitungen und Zeitschriften, sowie die Veröffentlichung von Aufrufen dieser Art und die Verbreitung von Nachrichten über die Bildung oder Tätigkeit solcher Verbände verbietet. Alle derartigen Organisationen werden aufgelöst. Die Strafandrohung geht auf Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bis zu 15000 M.

Deutsch-chinesischer Friedensschluß.

Am 20. Mai ist in Peking ein Abkommen zwischen Bevollmächtigten der deutschen und der chinesischen Regierung unterzeichnet worden. Hierdurch wird der Kriegszustand zwischen Deutschland und China rechtlich beendet. Die diplomatischen Beziehungen werden wieder aufgenommen und der deutsche Handel in China erhält wieder freie Bahn. Das Abkommen soll unverzüglich den gesetzgebenden Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt werden. Es trägt den Charakter eines vorläufigen Vertrages; ein eigentlicher Friedensvertrag zwischen Deutschland und China soll später auf der Grundlage dieses Abkommens abgeschlossen werden. — Privatmeldungen, die diesem Wolffbericht vorausgegangen waren, sprachen auch von deutscher Anerkennung einer Wiedergutmachungspflicht gegen China.

Kollet nach Helgoland. Das am Dienstag in Hamburg eingetroffene Lärpboot-Expedition ist am Mittwoch nach Helgoland in See gegangen. In Nord befindet sich eine Kommission mit General Kollet, der sich von der Ausführung und dem Fortschritt der Sprengungsarbeiten an den Befestigungen überzeugen will.

Ausgewiesen. Zur Vorladung an die sowjetrussische Handelsmission in Rom wird offiziell erklärt, woromst habe sich als Botschafter betrachtet und damit seine Befugnisse überschritten.

Genosse Camille Hupsmans feiert heute seinen 50. Geburtstag. Das ist ein Mann, in dem Politiker noch auf der Höhe ihrer Schaffenskraft zu stehen pflegen, und von Hupsmans bei seiner jugendlichen Energie und Tatkraft ist anzunehmen, daß es jetzt vielleicht erst gerade richtig anfängt. Und doch gehört die Tätigkeit des Genossen Hupsmans als langjähriger Sekretär der Zweiten Internationale jetzt schon der Geschichte an. Wir verehren in unserem Freund Hupsmans einen echten internationalen Sozialisten, der es wie wenige versteht, sich in die Seele der Völker einzulassen und auf Gesteirnis vernehmlich zu wirken. Und so können wir ihm an diesem Tage nichts Besseres wünschen, als daß er den Sieg der Idee erleben möge, für die er in Not und Gefahr stets seinen Mann gestanden hat!

Die geplante Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise. Das Bayerische Ministerium für soziale Fürsorge hat an das Reichsverkehrsministerium in Berlin eine Vorstellung gerichtet, welche die geplante weitere Erhöhung der Fahrpreise im Eisenbahn-Nahverkehr als eine geradezu unerträgliche Belastung der Bevölkerung mißbilligt und unter Hinweis auf die Wohnungsnot und die Siedlungsfähigkeit vor einer Tarifpolitik warnt, die nie zu einer Gesundung der Wohnungsverhältnisse und damit des wirtschaftlichen Lebens kommen läßt.

Wirtschaft

Wiedergutmachung und Kapitalflucht.

Die Erfüllung der Wiedergutmachungsforderungen, an die jetzt energisch herangeht werden muß, stellt an die Reichsfinanzen die schwersten Anforderungen. Das Reichsfinanzministerium ließ bereits durch WZ. verkünden, daß seine Arbeiten weit genug gediehen seien, um den Sachverständigen zur Beratung vorgelegt werden zu können. Einzelheiten über das neue Steuerprogramm sind noch nicht bekannt, da das Reichskabinett zu den bisherigen Vorschlägen noch keine Stellung genommen hat. Es sichern aber bereits Nachrichten durch, die darauf schließen lassen, daß neben einer Erhöhung der Körperschaftssteuer der Ausbau indirekter Steuern beabsichtigt ist, insbesondere ist infolge des großen Unterschiedes von Inland- und Weltmarktpreis ein Ausbau der Kohlensteuer, die heute 20 Proz. des Wertes ab Erube beträgt, durchaus denkbar. Noch ehe überhaupt ein Gesamtplan vorliegt, melden sich im „Berliner Börsen-Courier“ die Börseninteressenten zum Wort, um einer Erhöhung der Börsensteuer entgegenzutreten.

Die Interessenten haben es sehr eifrig. Und sie sind auch in der Wahl ihrer Mittel nicht knauser. In diesem Falle droht man „nur“ damit, daß das Kapital andere Wege suchen werde, um sich Spekulationsfreiheit zu verschaffen, so daß durch eine Erhöhung des Börsenumsatzsteuers die Kapitalabwanderung gefördert wird. Es lohnt nicht, auf diese vorübergehenden Reize interessierter Börsenleute hinzuweisen, spräche nicht aus ihnen das unüberholbare Bestreben des Börsenkapitals, das in den letzten Jahren Unsummen verdient hat, sich bei Zeiten an einer besonderen Belastung vorbeizubücken. Bedingt deshalb, weil die Börse einen besonderen Instinkt für die Steuererhöhungen hat, fühlen sich ihre Vertreter zuerst zu einem der Proteste veranlaßt, die die nahe Zukunft uns wahrscheinlich in großer Zahl bringen wird. Wohl stimmen die Politiker der bürgerlichen Parteien der Auffassung zu, daß das Ultimatum unter allen Umständen erfüllt werden muß. Aber die Sympathie der Unternehmerverbände werden in keinem Falle es veräumen, ihr Talent durch Abfassung geharnischter Proteste zu bekunden, wenn ihre Berufsgruppe mit Steuererhöhungen belastet werden soll.

Dem in den Anfängen entgegenzutreten, ist Pflicht. Wenn weite Kreise der Industrie und des Handels das Ultimatum abgelehnt haben, so gab es auch unter ihnen viele besonnene Elemente, die es gern angenommen hätten, wenn sie die Forderungen der Entente für erfüllbar gehalten hätten. Jetzt, nachdem das Ultimatum unterzeichnet ist, kommt es darauf an, auf Wege zu finden, wie die ungeheure Summe von rund 50 Milliarden Papiermark jährlich aufgebracht werden soll. Durch Proteste sicherlich nicht. Und auch nicht dadurch, daß sich die Berufsgruppen mit der Zeit zu geschlossener Abwehr aller den Besitz belastenden Steuern aufraffen, wie man es beim Kriegsnotepter erlebt hat. Die Reichsregierung wird einen doppelt schweren Stand haben, da sie mindestens mit dem passiven Widerstand eines Teils derjenigen Leute rechnen muß, die die Kriegsgeschichte einer Unterschrift des Diktats vorgehen.

Daher ist es notwendig, die Leistungsmöglichkeit unvoreingenommen zu prüfen. Gerade weil das Bürgertum, insbesondere Handel und Industrie, gegen das Ultimatum waren, kann als sicher angenommen werden, daß eine Erhöhung der bisherigen Steuern und Abgaben niemals ausreichen wird, um vor allem in den ersten Jahren die Wiedergutmachungen auszuführen. Nach immer hat das Reich ein großes Defizit, und das trotz der größten Anspannung der Steuerhebe. Im Außenhandel erzielt Deutschland keine Ueberschüsse, im Gegenteil, die Einfuhr ist größer als die Ausfuhr. Das besagt nichts anderes, als daß die im Innern verbrauchten ausländischen Lebensmittel und Rohstoffe ebenso wie die noch immer einströmenden Luxuswaren nicht mit dem Ertrag der Arbeit, sondern mit Schuldbetten bezahlt werden, die zu einer steigenden Verschuldung Deutschlands an das Ausland führen müssen. Die Zahlen, welche die Außenhandelsstatistik darüber gibt, sind trügerisch. Sicher ist aber, daß der Menge nach die Einfuhr die Ausfuhr übertrifft. Bei den Werten verhält sich ein ähnliches Bild ergeben. Es haben sich aber bereits deutsche Guthaben im Ausland gebildet, teils von geschätztem Kapital, teils von deutschen Kapitalerträgen, die zu produktiven Zwecken im Ausland angelegt wurden. Von Zeit zu Zeit hört man, daß Stinnes brasilianische Konzessionen oder österreichische Aktienmehrheiten oder schwedische Reedereibeteiligungen erworben hat. Was Stinnes tut, tun andere auch. Und es wäre verfehlt, gegen die Anknüpfung internationaler kapitalistischer Beziehungen, die früher zum Ausbau des deutschen Außenhandels dienten, zu protestieren, wenn nicht aus der Tatsache der Auslandsbeteiligung hervorging, daß zu einer Zeit passiver Handels- und Zahlungsbilanz deutsche Vermögenswerte ins Ausland wandern, wo sie unversicherten Zins und Profit bringen. Volkswirtschaftlich gesehen, bedeutet das nichts anderes, als eine Abgabe deutschen Volkswertens an das Ausland, eine Fortgabe von Substanzwerten ohne Nutzen für die Reichsstaatskasse.

Ist man sich darüber klar, daß aus den laufenden Einnahmen die Wiedergutmachungsschuld nicht bestritten werden kann, so erkennt man auch die Notwendigkeit, daß deutsche Substanzwerte, deutsches Kapital zur Bezahlung herangezogen werden müssen. Es sind nun aus parteigenösslichen Kreisen Vorschläge dahingehend aufgetaucht, daß das Reich sich eine Beteiligung an der Industrie und an dem Grundbesitz sichern soll, um aus ihren Erträgen und im Notfall auch durch ihren Verkauf die Kriegsschuldigungen zu bezahlen. Hier ist der springende Punkt. Wenn das Reich damit rechnen muß, mit der Substanz der deutschen Volkswirtschaft Zahlungen auszuführen, so muß es zunächst auch darüber verfügen können. Vor einem neuen Entente-Ultimatum, das unfehlbar kommen wird, wenn Deutschland die Zahlungen verweigert, kann das Reich nicht erst die Steuerzahler um ihre gütige Mithilfe bitten, sondern es muß selbst Werte in der Hand haben, die über die normalen Steuerquellen hinausgehen. Unter diesem Gesichtspunkt wird man die Frage behandeln müssen. War es schon bisher möglich, daß Substanzwerte der deutschen Volkswirtschaft entzogen sind, so muß bei dem erhöhten Anreiz zur Kapitalflucht, den eine Verschärfung der Steuerhebe mit sich bringen muß, dagegen Vorkehrung getroffen werden, daß das Reich in seiner größten Not nicht mit leeren Händen dasteht.

Neue Betriebseinschränkungen. Die Firma Benz & Mannheim beabsichtigt am 1. Juni das alte Werk stillzulegen, wodurch zirka 1000 Personen brotlos werden. — Benz & Mannheim legt den Betrieb seiner Luftschiffahrtswert still. Unsere bairischen Genossen haben ihre Regierung um Auskunft darüber erucht, was sie zu tun gedenkt, um die drohende Arbeitslosigkeit von der Mannheimer Industrie abzuwenden. — Der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation gibt bekannt, daß eine Betriebseinschränkung wegen des Nachlassens neuer Aufträge unvermeidlich ist.

Neue Einfuhrbeschränkungen der Schweiz treten am 28. Mai in Kraft und zwar gegen Fertigwaren, fertige Rohstoffe für Bartelrie, Pinet, Feilen und Raspeln, Waren aus Kupfer und Kupferlegierung, landwirtschaftliches Gerät und Maschinen, Knöpfe und Reißartikeln.

Gewerkschaftsbewegung

Die Erwerbslosigkeit im April.

400 000 Erwerbslose, 840 000 Unterstützungsempfänger.

Kost in jedem Jahre hat sich mit dem Frühjahr eine bedeutende Besserung auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht. Im vorigen Jahre z. B. fiel die Zahl der Erwerbslosen in der Zeit vom 1. Februar bis zum 1. Mai um rund 140 000, nämlich von 431 000 auf 292 000. Im Monat April allein hat die Erwerbslosenziffer um 28 000 abgenommen. In diesem Jahre liegen in den gleichen Zeitabschnitten die Verhältnisse wesentlich ungünstiger. Obwohl sich eine fortschreitende Belebung des Baumarcktes bemerkbar macht, die wiederum die mit dem Bau eng verbundenen Berufe befruchtet, obwohl rund 200 000 Personen durch die produktive Erwerbslosenfürsorge mit Notstandsarbeiten beschäftigt sind und obwohl noch eine Anzahl Betriebe an sich entbehrliche Arbeitskräfte weiter beschäftigen, haben wir jetzt in der sonst dem Arbeitsmarkt günstigsten Zeit eine wesentlich höhere Erwerbslosenziffer zu verzeichnen als zu Beginn des Winters.

Nach der neuen Statistik des Reichsarbeitsministeriums wurden am 1. Mai 318 448 männliche und 81 649 weibliche, insgesamt 400 096 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Dazu kamen 440 377 unterstützungsberechtigte Familienangehörige von Vollerwerbslosen, so daß das Reich insgesamt 840 474 Personen zu unterstützen hatte. Diese riesigen Zahlen haben aber nur einen sehr bedingten Wert. Es ist zu berücksichtigen, daß bei weitem nicht alle Erwerbslosen Unterstützung beziehen und daher auch nicht in dieser Berechnung einbegriffen sind. Ferner ist in Betracht zu ziehen, daß die Zahl der Kurzarbeiter nicht weit hinter der der Erwerbslosen zurücksteht.

Diese Entwicklung des Arbeitsmarktes kann natürlich keineswegs befriedigen. Sie zeigt uns nicht nur die Größe der inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern die der Weltkrise überhaupt. Und dabei ist für die nächste Zukunft absolut noch keine Besserung zu denken. Der Druck der Entente auf unser Wirtschaftsleben, die Vernichtung blühender Industrien, wie des Flugzeugbaues, die Ungewißheit über die Zukunft Oberschleifens, die fortgesetzte Drohung mit der Befehung des Ruhrgebiets und schließlich die uns auferlegten Milliardenforderungen sind keineswegs dazu angetan, unserer Wirtschaft neues Leben zuzuführen, die Einfuhr von Rohstoffen, die Hebung unserer Produktion und die Ausfuhr zu erleichtern. Es kann daher nicht dringend genug das Programm des A. D. S. zur Behebung der Erwerbslosigkeit in Erinnerung gerufen werden. Ebenso notwendig erscheint eine Wiederholung des schon einmal von der Berliner Gewerkschaftskommission ergangenen Appells an die Arbeitenden, ihrerseits ein Opfer zu bringen, das geeignet ist, die Not der Erwerbslosen zu mildern. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist wegen des damit bedingten Lohnausfalls für alle, die davon betroffen werden, eine Härte und daher nur in äußerster Not anzuwenden. Man muß zu diesem Mittel greifen, müssen die Betriebsräte dafür sorgen, daß die immer noch in großem Maße vorhandenen Doppelseinstellungen endgültig verschwinden. Darüber hinaus ist es Pflicht eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin, jede Ueberarbeit abzulehnen, die nicht aus betriebstechnischen Gründen eine unbedingte Notwendigkeit ist. Leider gibt es noch sehr viele, die sich durch eine mehr als achtstündige Arbeitszeit einen guten Verdienst nicht nur auf Kosten ihrer Gesundheit, sondern auch auf Kosten ihrer hungernden Mitmenschen sichern.

Wenn die Arbeiterschaft in dieser Frage nicht zusammensteht, wenn sie nicht gewillt ist, alles zu tun, um den arbeitslosen Kameraden Arbeit zu verschaffen, wenn Teile von ihr des schändlichen Mammons willen dem Kapital ihre Arbeitskraft zur schrankenlosen Ausbeutung zur Verfügung stellen, wenn andere aus parteipolitischen Gründen Unmögliches verlangen und den Jankopel immer wieder in die Reihen der Arbeiterschaft werfen, dann ist jeder Versuch, die kapitalistische Gesellschaft in höherem Maße als bisher oder gar ausschließlich zur Unterstützung ihrer Opfer heranzuziehen, von vornherein zum Tode verurteilt.

Ein Ultimatum an den Magistrat.

Zwischen den Arbeitern der städtischen Betriebe einerseits und dem Magistrat andererseits besteht schon seit längerer Zeit ein sehr gespanntes Verhältnis. Die Ursache ist darin zu suchen, daß der Magistrat sich weigert, eine der im Schiedspruch vom 5. Nov. 1920 anerkannten Hauptforderungen der Arbeiter der städtischen Betriebe durchzuführen, die darauf hinausläuft, daß alle Arbeiter der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke und der technischen Betriebe der Anstalten sowie der Straßenbahn einen Lohnzuschlag von 10 Pf. pro Stunde erhalten. Wir verzichten darauf, noch einmal die Geschichte dieses Konfliktes mitzuteilen, da das schon ausführlich in Nr. 226 geschehen ist. Es bleibt nur übrig zu sagen, daß die Erregung der Arbeiterschaft jetzt den Höhepunkt erreicht und ihren Ausdruck in einem Ultimatum an den Magistrat gefunden hat, das heute abläuft. Es fordert, daß der Magistrat sofort die 10-Pf.-Schwerarbeiterzulage auszahlen läßt. Weigert sich der Magistrat weiter, so ist die städtische Arbeiterschaft entschlossen, mit den schärfsten gewerkschaftlichen Mitteln die Auszahlung zu erzwingen.

Wir erwarten, daß der Magistrat in letzter Stunde die durchaus berechnete Forderung der Arbeiter anerkennt und somit das Berliner Wirtschaftsleben vor neuen Schäden bewahrt.

Die Organisation der Hebammen.

Unter den Hebammen Deutschlands macht sich z. Z. das Verstreuten bemerkbar, sich der Organisation „Gesundheitswesen“ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzuschließen. Der Groß-Berliner Hebammenbund hat mit ungefähr Dreiviertelmehrheit den Anschluß beschlossen, worauf der Preussische Hebammen-Verband und dessen Beirat, unter Leitung der Frau Gebauer und Wäsel, den Ausschluß der Berliner Vorsitzenden, Frau Densel, beschlossen und sie ihres Amtes als Vorsitzende des Groß-Berliner Hebammenbundes für verlustig erklärten. Eine Generalversammlung des Bundes hob diesen Beschluß auf und wählte die alte Leitung wieder. Daraufhin gründete der Beirat einen neuen Berliner Hebammenverein.

Dem Hebammenbund stand für seine Verhandlungen bisher im Polizeipräsidium ein Saal zur Verfügung. Eigenartigerweise wurde plötzlich der bisher vom Bund festgesetzte Versammlungstag diesem entzogen und dem neuen Verein ausgetrieben. Wir erwarten vom Polizeipräsidenten, daß er diese offenbare Ungerechtigkeit nicht zuläßt.

Die Vorsitzende des Berliner Bundes, die gleichzeitig Vorsitzende des Provinzialverbandes Brandenburg ist, hatte für Sonnabend, den 21., einen Provinzialverbandstag nach Berlin einberufen, um zu den schwebenden Fragen Stellung zu nehmen. Frau Gebauer-München sandte, um den Verbandstag zu verhindern, am Freitag an die brandenburgischen Ortsvereine die Mitteilung, daß der Verbandstag vertagt worden sei. Trotzdem waren eine Anzahl Vereine vertreten, die sich ebenfalls für den Anschluß an eine Gewerkschaft entschieden. Bezeichnend für den rückständigen und reaktionären Geist in der Leitung des Preussischen Hebammenverbandes ist nachstehender Vorfall:

Der Berliner Hebammenbund hatte mit Herrn Professor Hammerichlag Kurse für die Hebammen vereinbart. Die Richtung Wäsel-Gebauer ließ daraufhin eine Mitteilung ergehen, daß sie es ablehne, mit dem Bund organisierten Hebammen gemeinsam an dem Kursus teilzunehmen. Angesichts dieser Kleinlichen Schikanen ist es notwendig, daß die Groß-Berliner Hebammenvereinigung, wie überhaupt die Hebammen des gesamten Reiches, sich dem Bund der Hebammen, Abteilung der Sektion „Gesundheitswesen“ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, anschließen. Nur dann besteht die Möglichkeit, daß die in der nächsten Zeit im Interesse der Hebammen zu lösende Frage und gesetzgeberischen Maßnahmen die entsprechende Vertretung finden.

Die Aussperrung in Elbing.

Wir haben bereits am Mittwoch morgen kurz über die erfolgte Schließung der Schichauwerst in Elbing berichtet. In einem von den Freien, Christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften unterzeichneten Flugblatt wird erklärt, daß die Arbeiter der Schichauwerst Elbing heute noch um 1 M. bis 1,20 M. hinter den Löhnen der übrigen Arbeiter der Eisenindustrie des Ostens zurückstehen, und daß die Verteilung nach der Aussperrung im Jahre 1920 die Verpflichtung eingegangen ist, dann dieselben Löhne wie die übrigen Industriellen zu zahlen, wenn die durch die Revolutionsjahre erfolgten Erschütterungen des Betriebes überwunden sind. Die Produktivität des Betriebes hat sich inzwischen bedeutend erhöht, aber die Firma lehnt es ab, den fortgesetzt in äußerst schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden Schichauarbeitern die Löhne zu erhöhen, da keine Aufträge vorhanden sind. Die Ablehnung des geforderten Lohnes wurde im Widerspruch dazu damit begründet, daß dringende Aufträge vorhanden seien, die unbedingt fertiggestellt werden müßten. Die scharfe Ablehnung der Forderungen der Arbeiterschaft machte sich dann in einer Demonstration Luft, in deren Folge die Direktion einen provozierenden Anschlag herausbrachte, der mit der Stilllegung des Betriebes drohte. Die kaum wiederhergestellte Ruhe war durch diese Provokation wieder ins Gegenteil verkehrt und nun hatte die Firma den offenbar sehr willkommenen Anstoß zur Schließung des Betriebes.

Die Arbeiter der Schichauwerke appellieren an die Arbeiter des ganzen Reiches, sie in ihrem schweren wirtschaftlichen Kampfe nachdrücklich zu unterstützen.

Hungerlohn bei den Hohenzollern. Vor uns liegt ein Bericht, aus dem hervorgeht, daß im Haushalt eines Hohenzollern, im Palais des Prinzen Albrecht, erbärmliche Löhne bezahlt werden. Für eine Tätigkeit von früh 7½ bis nachmittags 4½ Uhr wurden einer Küchenfrau ganze 12 M. bewilligt. Dabei gibt es keine Beköstigung. Von diesem fürstlichen Lohn soll die arme Frau nicht nur Lebensmittel beschaffen, sondern auch Kleidung und Miete bezahlen. Wie das möglich ist, scheint keine Frage im Bereich hohenzollernischer Fürsorge zu sein.

Der Streik der gastwirtschaftlichen Angestellten im Café Livoli, Chausseestrasse, ist durch Verhandlung beigelegt.

Der Streik im Waldenburger Kohlenrevier, der bisher nur ein Teilstreik gewesen ist, hat sich jetzt in Landesut und Waldenburg zu einem vollständigen ausgewachsen. Aus Neurode liegen noch keine Nachrichten vor. Gegenwärtig besteht noch keine Aussicht auf Einigung und Beilegung des Streiks, der übrigens lediglich Lohnfragen zum Gegenstand hat. Verhandlungen des Oberpräsidenten waren bisher erfolglos, Vertreter des Reichsarbeitsministeriums werden erwartet.

Zum Lohnkampf in der böhmischen Metallindustrie wird gemeldet, daß die Arbeiter dreier weiterer Unternehmungen, dar-

unter der Faldhütte, sich dem Streik angeschlossen haben. Die Zahl der Streikenden wird gegenwärtig auf 30 000 geschätzt. Mittwoch fanden in Prag und vielen Vorstädten große Kundgebungen der Ausgesperrten statt, die erklären, keine Konzessionen machen zu wollen.

Neue Verhandlungen im britischen Bergarbeiterstreik sollen am Freitag auf Einladung der Regierung stattfinden. Vereinzelt scheint die Arbeit bereits wieder aufgenommen zu werden.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 84. Gesetzliche oder tarifliche Schiedsstelle?

Zu der Frage, ob in den Fällen der §§ 84 ff. (Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretung bei Entlassungen) an Stelle der gesetzlichen Schlichtungsausschüsse auch eine tarifliche Schiedsstelle treten kann, äußert sich der Reichsarbeitsminister in einem Bescheid vom 12. 4. 1921 — VI. A. 606. — Wir entnehmen diesem Bescheid folgendes:

In § 87 des WRG. ist eine tarifliche Schiedsstelle nicht nur nicht zugelassen, sondern durch die Worte: „Gesetzliche Schlichtungsverfahren“ ausdrücklich ausgeschlossen. Ebenso fehlt es an solcher Ermächtigung im Falle des § 97 WRG. (Anrufung des Schlichtungsausschusses durch den Unternehmer wegen Zustimmung zur Kündigung eines Betriebsvertretungsmitgliedes); auch dort ist der gesetzliche Schlichtungsausschuss zustimmungsberechtigt. Diese Darlegung findet allerdings keine Anwendung, wenn der Tarifvertrag das Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen vollständig selbständig regelt, so daß die ergehenden Entscheidungen nicht auf Grund des WRG., sondern auf Grund des Tarifvertrages erlassen werden.

Dieser Auffassung ist durchaus zuzustimmen und weiter hierzu nur zu sagen, daß es sich bei einem tarifvertraglich festgelegtem Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen nicht darum dreht, ob einzelne Sätze des Betriebsrätegesetzes zu ändern, im übrigen aber die §§ 84 ff. zugrunde zu legen, sondern es muß sich einwandfrei um Abmachungen handeln, die eindeutig eine Erweiterung der Rechte des Betriebsrätegesetzes darstellen, so daß die vereinbarten tariflichen Schiedsstellen nur auf Grund der tarifvertraglich festgelegten Rechte unter Ausschluß der betreffenden Paragraphen des Betriebsrätegesetzes tätig werden. Wird eine solche tarifvertraglich vereinbarte Stelle nicht tätig, dann kommt das Betriebsrätegesetz bzw. das gesetzliche Schlichtungsverfahren trotzdem noch in Frage, denn gesetzlich gewährleistete Rechte sind Mindestrechte und können auch tarifvertraglich oder infolge Richturführung eines Tarifvertrages nicht außer Kraft gesetzt werden.

Verband der Gürtner und Gürtnergehilfen. Freitag 7 Uhr in Schul-Festsaal, Am Königsgraben 2, Gruppe Gemeindegärtner, Brandenburger-Vereinigung.

Zentralverband des Schuhmachers. Freitag 6 Uhr Versammlung aller Stepperinnen der Haus- und Filzschuhindustrie im Lokal Rappenstr. 12a. Tagesordnung: „Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Fabrikanten über die Reorganisation der Arbeitskräfte“.

Deutscher Hutarbeiter-Verband. Freitag 5 Uhr bei Schulz, Elisabethstr. 59, Versammlung der Betriebsräte aller Branchen.

Aus der Partei.

Der Aufbau der Bildungsarbeit.

Für den Bezirk Niederrhein fand am Sonntag, 22. Juni in Duisburg eine Konferenz der Bildungsvereine und Parteivereine statt. An die Referate der Genossen Weimann, Berlin und Schlichtmann, Duisburg, schloß sich eine lebhafteste Aussprache, in der die von den beiden Rednern gemachten Vorschläge über den Wiederaufbau des Bildungswesens gutgeheißen wurden. Man beschloß die Errichtung eines Bezirksbildungsausschusses, der die Organisation einer systematischen Bildungsarbeit im Bezirk in die Wege leiten soll. Ferner beschäftigte sich die Konferenz mit der Theaterfrage. Ein Ausschuss wurde eingesetzt, der die auf diesem Gebiete bestehenden Möglichkeiten (Vollbühne, Wandtheater) prüfen soll. Am Schluß der gut verlaufenen Tagung, sprach deren Leiter, der Genosse Schlichtmann, die Hoffnung aus, daß in dem stark mit Kommunisten durchsetzten Bezirk die Partei wie auf anderen Gebieten, so auch im Bildungswesen bald wieder die Führung haben werde.

Einen schweren Verlust erlitt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Genosse Gustav Müller, der Führer des rechten Flügels, ehemaliger Stadtpräsident von Bern und Vizepräsident des Nationalrats, ist Dienstag an den Folgen eines Sturzes in Bern verstorben.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Verlags-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin. Einzelheft 2 Pf. Bezugs- und Unterhaltungsbeilage „Weltweit“.

Schon



1877

wurde dieses

Zeichen für:

Apotheker Rich. Brandt's Schweizerpillen (Abfuhrpillen)

als Schutzmarke eingetragen. — Vor Nachahmung wird gewarnt.

A. G. vorm. Apotheker Richard Brandt, Schaffhausen (Schweiz) und Singen a. Hohenwiel (Baden).

Der Wäsche, die mit

Sunlicht Seife

gewaschen, entströmt

jener wunderbare balsamische Duft,

der auch auf das körperliche Befinden wohltuend einwirkt. Sunlicht Seife ist deshalb auch eine hervorragende Badeseife und kann ob ihrer garantiert neutralen Beschaffenheit und wirklichen Reinheit auch für die Körperpflege von Kindern und Erwachsenen bestens empfohlen werden.

Man verwende sie vor allem zum Waschen der Kinderleibwäsche; die Reizung der zarten Kinderhaut wird dadurch vermieden.